

Links Neu

Grün als Orientierungsfarbe einer erneuerten Linken

Inhalt

I. Auf der Suche nach einer erneuerten Linken Gerechtigkeit und Freiheit weiterdenken

- 1 Zumutungen und Chancen
- 2 Rolle der Grünen
- 3 Gefahr des Neokonservatismus
- 4 Orientierungsschwäche der "neuen Mitte"
- 5 Gesellschaftliche Debatte statt Nabelschau
- 6 Die Chance aktiv ergreifen

II. Eckpunkte einer erneuerten Linken Erweiterte Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Ökologie, Demokratie

- 1 Was heißt „Links Neu“?
- 2 Die Alternativen
- 3 „Links Neu“ im postindustriellen Zeitalter
- 4 Parteinahme für die Schwachen
- 5 Offenheit für andere politische Traditionen
- 6 Neue Herausforderungen

III. Strategie einer erneuerten Linken Potentiale, Perspektiven, Bündnisoptionen

- 1 Vertrauen und Selbstvertrauen
- 2 Zukunft Ostdeutschland
- 3 Bündnisoptionen
- 4 Die Erneuerung jetzt beginnen

Links Neu

Grün als Orientierungsfarbe einer erneuerten Linken

Das vorliegende Papier enthält den Vorschlag einer grundsätzlichen Verortung der Grünen, die wir der Partei empfehlen und für die wir streiten wollen. Die gesellschaftliche Akzeptanz der Grünen ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Das grüne Wahlergebnis bei den Europawahlen von 11,9% hat dies noch einmal deutlich gezeigt. Daraus erwächst auch eine größere gesellschaftliche Verantwortung und die Notwendigkeit eines entsprechenden Angebots an die Gesellschaft. Wir nennen dieses Angebot, diese Grundsatzorientierung „Links Neu“.

Wir wissen um die Irrwege und Verbrechen in der Geschichte der Linken, und deshalb geht es uns um eine neue, um eine erneuerte Linke, in der Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie zum Zentrum gehören und in der die neuen Gerechtigkeitsherausforderungen eine entscheidende Rolle spielen. Wir wissen auch um die Schwierigkeit einer grundsätzlichen Positionierung überhaupt. Viele alte Lager- und Wertezuordnungen sind ins Wanken geraten, die Dinge mischen sich neu und die Geschwindigkeit des gesellschaftlichen Wandels macht Vieles unübersichtlich.

Gleichzeitig sehen wir aber, wie die Politik unter der daraus folgenden Grundsatzlosigkeit leidet und wie wenig attraktiv der daraus folgende tagespolitische Pragmatismus gerade für die jüngere politische Generation ist. Das politische System insgesamt leidet an einer kurzatmigen, nur tagespolitisch ausgerichteten Aufgeregtheit, die kurzfristig Aufmerksamkeit schafft, mittel- und langfristig jedoch zur Abwendung vieler von Politik überhaupt führen kann. Trotz des Zerfalls der klassischen Lager, den wir nicht beklagen, sind politische Zusammenschlüsse nicht ohne Bezug auf grundlegende Orientierungen tragfähig. Es gibt die Notwendigkeit, aber auch ein neues Bedürfnis nach politischen Grundsätzen, nach politischer Richtung und politischen Zielen. Ohne Strahlkraft, ohne ein gemeinsames attraktives „Gesamtprojekt“, das verschiedene politische Themenfelder zusammenführt, wird es weder gelingen, die notwendige Reformkraft zu entfalten, noch wird es gelingen, Mehrheiten zu gewinnen.

Die Grünen haben mit ihrem "Berliner Programm" einen wichtigen Anfang gemacht und ein wegweisendes Grundsatzprogramm verabschiedet. Dieser Prozess darf nicht stehen bleiben. Die Partei muss weiter an ihren programmatischen Konturen arbeiten, wenn sie ihre Rolle als gesellschaftlicher Akteur erhalten und ausbauen will. Das betrifft insbesondere die jüngere Generation bei den Grünen, bei denen eine programmatische Verortung überfällig ist. Deshalb halten wir es für notwendig, jetzt eine präzisierte Grundsatzposition vorzuschlagen, aus der die Richtung, die Klammer und die Perspektive unserer Politik deutlich werden.

Das vorliegende Papier ist Grundlegung und Zwischenstand unserer Diskussion um die Orientierung grüner Politik. Wir wollen an unserer Position weiterarbeiten, sie präzisieren und vervollständigen. Und wir hoffen auf eine rege Resonanz und eine interessante Debatte, von deren Notwendigkeit wir überzeugt sind.

I. Auf der Suche nach einer erneuerten Linken - Gerechtigkeit und Freiheit weiterdenken

Entgegen dem Zeitgeist sagen wir: Deutschland und Europa brauchen eine erneuerte Linke, die die zentralen Fragen und neuen Herausforderungen von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung aufnimmt. Die Linke kommt nur dann zurück ins Spiel, wenn sie dem konservativen und marktradikalen Gegner und sich selbst wieder etwas zumutet. Sie muss dem konservativen Hegemoniebestreben intellektuell und strategisch entgegen, und das wird ihr nur gelingen, wenn sie ihre eigenen Positionen mit den dramatischen gesellschaftlichen Veränderungen und neugewonnenen Einsichten abgleicht.

Wir brauchen eine dynamische, reformfreundige Linke. Wenn sie die Kraft zu den notwendigen Reformschritten nicht aufbringt, werden die Konservativen den Reformkurs bestimmen – in eine verheerende Richtung. Der Versuch, Gerechtigkeit und Veränderung im Rahmen von "Links Neu" zu verbinden, darf dabei kein Lippenbekenntnis bleiben. Soziale, wirtschaftliche und finanzpolitische Modernisierungsprojekte sind gerade aus Gerechtigkeitsperspektive notwendig, und deshalb braucht eine mehrheitsfähige Linke den Mut zur Modernisierung. Diesen Mut darf sie sich auch dann nicht nehmen lassen, wenn sie bei der traditionalistischen Linken aneckt und unbequem wird. Nur eine Linke, die sich nicht – sobald ihr der Wind ins Gesicht bläst – sofort wieder ins gesicherte Terrain veralteter Glaubenssätze zurückzieht, hat die Kraft zur Erneuerung.

Wenn „links sein“ heißt, gesellschaftliche Realität an Gerechtigkeit und Selbstbestimmung zu messen, dann brauchen wir eine starke Linke, denn es ist richtig, an diesem Anspruch festzuhalten. Er ist der tiefere Grund unseres politischen Engagements.

Wenn es jedoch auch richtig ist, dass die Konzepte der Linken aus dem 20. Jahrhundert keine befriedigenden Antworten auf die zentralen sozialen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind - nicht auf die der gerechten Teilhabe an Arbeit, Bildung und Demokratie, nicht auf die der gleichen Verwirklichungschancen unter den Bedingungen von Globalisierung und Postindustrialismus, nicht auf die von Gerechtigkeit und Sicherheit nach dem Zerfall der Blöcke, nicht auf die der Generationengerechtigkeit unter der Prämisse des demographischen Wandels, dann gibt es nur zwei Alternativen: weiterer Bedeutungsverlust oder Erneuerung.

Vor dieser Alternative stehen nicht nur die Linkstraditionalisten in den Parteien, sondern auch die Gewerkschaften. Nur mit dem Mut zu Modernisierung und Wandel wird es ihnen gelingen, ihre Gestaltungskraft zu erhalten bzw. wiederherzustellen.

Eine erneuerte Linke kann nur eine freiheitsorientierte und pluralistische Linke sein. Es geht ihr um die Anerkennung unterschiedlicher Lebensformen, Lebensstile und Lebensentwürfe, um Toleranz und Respekt. Selbstbestimmung für alle und die Chance, das eigene Leben zu leben, sind die Leitidee einer Linken, die sich der pluralistischen Gesellschaft verpflichtet fühlt. Eine erneuerte Linke widerspricht energisch der Vorstellung, es gäbe nur ein "gutes Leben", nach dem sich alle zu richten hätten. Eine erneuerte Linke zielt nicht auf Gleichmacherei, sondern auf gleiche Freiheit und gleiche Verwirklichungschancen für alle. Sie fühlt sich denen verpflichtet, die in ihren Verwirklichungschancen auf Grund ihrer sozialen Lage, auf Grund bestimmter Handicaps oder aus anderen Gründen benachteiligt sind. Selbstbestimmung richtet sich gegen Obrigkeit und Paternalismus. Unfrei ist, wer "zugerichtet" wird, diszipliniert oder unterdrückt. Der Freiheitsbegriff einer erneuerten Linken ist aber nicht bloß negativ, also durch die Abwesenheit von Repression definiert. Die

Ausübung der Freiheit hat Voraussetzungen, die das Individuum nicht alleine zu schaffen vermag. Materielle Sicherheiten, Bildung oder soziale Anbindung sind Bedingungen, sind Entwicklungsressourcen für eine positiv verstandene Freiheit. Hier muss ein Staat und ein liberales Gemeinwesen dafür Sorge tragen, dass allen diese Voraussetzungen geschaffen werden.

Eine erneuerte Linke sieht sich nicht im Widerspruch zur Marktwirtschaft, sondern braucht sie, solange die sozialen und ökologischen Leitplanken definiert sind und eingehalten werden. Fairer Wettbewerb in sozialen und ökologischen Grenzen ist notwendig, denn nur er entfaltet die notwendige Dynamik, um jene Wertschöpfung zu erzielen, die erst Wohlstand für alle auf hohem Niveau ermöglichen kann. Auch ist die soziale und ökologische Marktwirtschaft diejenige Form, die am meisten Freiraum für Selbstbestimmung und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten schafft. Gleichwohl ist es eine enorme politische Gestaltungsaufgabe, Gerechtigkeit und reale Selbstbestimmung unter den Bedingungen von Globalisierung und eines entgrenzten Weltmarktes herzustellen. Uns besorgt die wachsende Schere zwischen Arm und Reich – global, aber auch mit Blick auf unser eigenes Land. Wir wollen Gleichheit der Verwirklichungschancen und akzeptieren Ungleichheit nur dort, wo sie auch die Schwächeren besser stellt. Eine emanzipatorische Linke hat sich schon lange von dogmatischer Kapitalismuskritik abgewendet und weiß, dass ein staatlich geplanter Wirtschaftsapparat eine große Bedrohung für die Freiheit darstellt und auch an der Verwirklichung von Gerechtigkeit scheitert. Unfreiheit kann aber auch aus der unkontrollierten Dynamik eines Marktgeschehens entstehen. Der Einzelne kann bei der Wirtschaftstätigkeit am Markt sowohl seine Freiheit ausüben als auch fremdbestimmten Zwängen ausgeliefert sein. Bezüglich der Marktwirtschaft hat eine emanzipatorische Linke also wie bei der Gerechtigkeit mehrere Perspektiven zu berücksichtigen: die Dimension der Freiheit am Markt und die Dimension der Freiheit vom Markt. Das gilt insbesondere, wenn es um den Arbeitsmarkt geht, also den Handel mit dem "eigensten" was die Menschen "besitzen", ihren Fähigkeiten und ihrer Lebenszeit.

Eine erneuerte Linke steht für eine Revitalisierung des Selbstverwaltungsgedankens der Kommunen. Die Grenzen im fairen Wettbewerb müssen auch die Gestaltungsfreiheit der Kommunen schützen, Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Interesse zu erbringen, der sogenannten Daseinsvorsorge. Für die Städte und städtischen Ballungsräume, in denen ein Großteil der Bevölkerung lebt, muss auch weiterhin die Möglichkeit bestehen, lokale Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger selbständig oder durch eigene Unternehmen zu erbringen, sowie deren Quantität und Qualität zu definieren. Lebensnotwendige Güter wie Wasser, Post oder Telekommunikationsdienste - aber auch ein ausreichendes Angebot an Kultur - müssen allen Menschen zur Verfügung stehen.

Eine erneuerte Linke ist eine ökologische Linke, denn in der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen liegt eine entscheidende soziale Frage der Zukunft. Ökologie ist eine Frage der Lebensbedingungen und der individuellen Lebensqualität – und damit eine zentrale Voraussetzung von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung. Internationale Gerechtigkeit und eine friedliche Weltgesellschaft wird es nur geben, wenn wir das globale Energieproblem lösen. Dem Westen muss die Energiewende gelingen, Erneuerbare Energien sowie Energieeffizienz müssen einen spürbaren Schub bekommen. Darin liegt auch eine enorme Chance für die Staaten im Osten und Süden unserer Erde. Eine weitere Herausforderung einer erneuerten Linken besteht in der Beantwortung der Mobilitätsfrage.

Individuelle Mobilität und Weltoffenheit sind wichtige Elemente eines selbstbestimmten Lebens. Nur wenn es uns gelingt Mobilität auf eine zukunftsfähige, ökologische Grundlage zu stellen, wird es uns gelingen, individuelle Mobilität und die natürlichen Grundlagen von Selbstbestimmung überhaupt zu erhalten und auszubauen. Eine Aufgabe einer erneuerten Linken besteht zudem in der Stärkung der Verbraucherinnen und Verbraucher. In Zeiten der Gentechnik, der Agrar- und Lebensmittelindustrie und komplexer Kommunikations-, Informations- und Transporttechnologien ist Selbstbestimmung nur möglich, wenn die Konsumenten mit starken Informationsrechten, echter Wahlfreiheit und effektivem Schutz vor Risiken und Gefahren ausgestattet sind. All diese Herausforderungen gehören von der Peripherie ins Zentrum einer erneuerten Linken, denn hier liegen entscheidende Voraussetzungen von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung.

1. Zumutungen und Chancen

Das Konzept „Links Neu“ enthält eine doppelte Zumutung an das eigene Spektrum, und es muss sie enthalten. Es verpflichtet die Modernisierer in Partei und Gesellschaft, sich der Substanzfrage zu stellen, worin der Ertrag für Gerechtigkeit und Selbstbestimmung bei ihren Reformvorschlägen liegt. Und es verpflichtet die traditionelle Linke, sich der Modernisierungsfrage zu stellen, die zwingend ist, um die gesellschaftlichen Herausforderungen zu beantworten. Diese doppelte Zumutung ist jedoch auch eine doppelte Chance. Denn sie bietet zum einen den Modernisierern die Möglichkeit bestimmte Reformschritte plausibel zu erklären und damit ihr ideelles Vakuum zu füllen. Und sie bietet zum anderen Teilen der traditionellen Linken die Chance, aus der Rolle der Bremser und Blockierer, und damit aus der Nische zunehmender gesellschaftlicher Irrelevanz herauszukommen. Aus dieser doppelten Zumutung für Modernisierer und traditionelle Linke kann die politische Kraft erwachsen, um den Kampf mit den Konservativen um die Meinungsführerschaft zu gewinnen.

2. Rolle der Grünen

Bei dieser Erneuerung fällt den Grünen nach unserer Einschätzung eine wichtige Rolle zu. Denn viele Konzepte und Positionen, für die die Grünen auch und gerade von strukturlinker Seite Prügel bezogen haben, entpuppen sich zunehmend als zentrale Bausteine einer Linken auf der Höhe der neuen Herausforderungen und Einsichten.

Die Grünen haben mit einem neuen, erweiterten Gerechtigkeitsbegriff einen Fokus gefunden, der dem Projekt einer erneuerten Linken zu Struktur und Wirkung verhelfen kann. In den neuen Gerechtigkeitsdimensionen liegt ein entscheidender Unterschied zwischen der "alten" und der "neuen" Linken - die entschiedene Parteinahme für die Schwächsten, der emanzipatorische Gehalt, die Erweiterung in räumlicher und zeitlicher Hinsicht, die Einbeziehung der ökologischen Frage und die Bezugnahme auf "neue" soziale Güter wie Bildung, Arbeit oder Partizipation. Er ist auch in unserem neuen Grundsatzprogramm festgehalten und entfaltet dort seine strukturierende Wirkung für die grüne Programmatik.

Unsere These lautet: Deutschland und Europa brauchen eine starke Linke – diese Linke wird es jedoch nur geben, wenn sie sich von Grund auf erneuert. Bei diesem Erneuerungsprozess können und müssen die Grünen eine Pionierrolle einnehmen, denn sie waren es, die von Anfang an die neuen Gerechtigkeits- und Emanzipationsfragen des anbrechenden 21. Jahrhunderts gestellt und beantwortet haben.

- Es sind die Grünen, die Freiheit und Selbstbestimmung zum festen Bestandteil von Gerechtigkeit und Sozialstaat gemacht haben. Uns geht es um die Solidarität mündiger Bürger, nicht um die Verfestigung einer entmündigenden Bürokratie. Uns geht es um gleiche Verwirklichungschancen und ein selbstbestimmtes Leben, nicht um Bevormundung.
- Die Grünen haben mit Ökologie und Umweltschutz schon sehr früh eine der zentralen sozialen Fragen der Zukunft thematisiert. Die anderen Parteien haben bis heute eine der zentralen neuen
- Gerechtigkeitsfragen verschlafen. Die ökologische Frage kommt dort inzwischen zwar in den Programmen vor, ist aber in deren realer Politik immer das erste Opfer.
- Die Grünen haben die sozialen Fragen von Anfang an auf der Raum- und Zeitachse verlängert. Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit sind zu grünen Labeln geworden. Ebenso internationale Gerechtigkeit und gerechte Globalisierung. Hier liegen zwei Kernherausforderungen einer modernen Linken, die auf der Höhe der Zeit agiert.
- Die gerechte und von der sozialen Herkunft unabhängige Teilhabe an Arbeit, Bildung und Demokratie ist ein zentrales Element grüner Politik.
- Die Grünen haben die Geschlechterfrage zu einem Gerechtigkeitsthema gemacht und damit eine entscheidende Dimension der sozialen Frage thematisiert.
- Und die Grünen haben gezeigt, wie sich Pragmatismus und Idealismus, wie sich Realismus und Substanz verbinden lassen. Sie sind weder beliebig geworden, wie wir das in Teilen der neuen Mitte, aber auch bei Regierungen mit PDS-Beteiligung beobachten konnten, noch sind sie in die Falle des Traditionalismus und der Sektiererei gelaufen. Fallen, die, wie wir wissen, für die Linke besonders attraktiv zu sein scheinen.

Jetzt kommt es darauf an, diesen programmatischen Vorsprung weiterzuentwickeln, zu verdichten und als Zentrum unseres Politikansatzes in die Gesellschaft zu geben. Denn dort entscheidet sich die Zukunft einer erneuerten Linken und nicht in Hinterzimmern.

3. Gefahr des Neokonservatismus

Wenn wir von der Gefahr des Neokonservatismus sprechen, meinen wir mehr als ihr aktuelles Zentrum, also die neokonservativen Konzepte zur Außenpolitik in den USA. Wir meinen damit jenes Zusammenspiel von staatlicher Entverantwortlichung, gesellschaftlichem Rückschritt und außenpolitischer Renationalisierung, wie wir es bei den Konservativen beobachten können.

Auch wenn die jüngsten Wahlen in Spanien und die Kommunalwahlen in Frankreich und Italien Anlass zu Hoffnung geben, sehen wir mit großer Sorge, wie nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa linksliberale Reformbündnisse unter Druck geraten und – falls sie die Regierung stellen - schließlich abgewählt werden. Erneuerung der Linken heißt für uns deshalb auch Erneuerung der europäischen Linken, denn die anstehenden Fragen sind für die Linke in ganz Europa relevant. Die Probleme der Linken sind dabei nicht allein tagespolitisch zu begründen. Sie haben ihre tieferen Ursachen auch in der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte und in der Art und Weise, wie sich die Linke dazu

verhalten hat. Wir müssen feststellen, dass die europäische Linke seit längerem keine attraktive Antwort auf die neuen Herausforderungen des postindustriellen Zeitalters hat. Die Konservativen stoßen damit in ein Vakuum aus Pragmatismus und Lethargie, das ihnen – wenn wir nicht aufpassen – eine politische und kulturelle Hegemonie beschern könnte.

Das jedoch wäre fatal, denn die konservativen Antworten sind völlig falsch und hätten fatale Konsequenzen. Der Neokonservatismus zielt darauf, die politischen Themen aus dem Kontext der Gerechtigkeitsfrage herauszulösen und in die private Sphäre zu verbannen. Phänomene der gesellschaftlichen Modernisierung wie Individualisierung, Migration oder die Auflösung der traditionellen Familie als Wirtschafts- und Versorgungsgemeinschaft reduziert der Neokonservatismus auf individuelle Fehlentscheidungen, für deren Bewältigung Staat und Gesellschaft keine Verantwortung tragen. Ablehnung der Moderne und Überforderung durch ihre Komplexität sind der Hintergrund für die im Wesentlichen auf den Abbau kollektiver Verantwortung gerichteten politischen Konzepte des Neokonservatismus: Für individualisierte und gleichzeitig hochverflochtene Gesellschaften werden Konzepte angeboten, deren scheinbarer Reiz in der Einfachheit liegt. Sie resultiert jedoch tatsächlich daraus, dass die wesentlichen Gerechtigkeitsfragen ausgeblendet werden. Eklatante Ungerechtigkeit, Entmündigung und noch mehr Unsicherheit sind das Ergebnis.

Hinter den angeblich postmateriellen Fragen wie etwa Bildung, Arbeit im Dienstleistungs- und Informationszeitalter, Partizipation oder Ökologie stecken in Wahrheit oft harte materielle Verteilungsfragen neuer Art. Uns kommt es darauf an, den Maßstab der Gerechtigkeit im Sinne gleicher Anerkennung und gleicher Verwirklichungschancen im Hinblick auf die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen zu verteidigen. Das kann jedoch nur gelingen, wenn der linke Gerechtigkeitsdiskurs seinerseits neu ausgerichtet wird, denn die neuen Verteilungsfragen bleiben nicht ohne Konsequenz für den Modus und die Adressaten einer gerechtigkeitsorientierten Politik.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben noch die Hoffnung, Gerechtigkeit durch Modernisierung herstellen zu können. Wenn die Linke diese Hoffnung enttäuscht, werden die Menschen resignieren und sich mit dem Spatz in der Hand begnügen, den ihnen der Neokonservatismus vorhält: Modernisierung statt Gerechtigkeit.

4. Orientierungsschwäche der "neuen Mitte"

Auch hinter dem Schlagwort von der „neuen Mitte“ war der zumindest rhetorische Versuch zu beobachten „Innovation und Gerechtigkeit“ zu verbinden. Es ist der Politik hinter diesem Label jedoch nicht gelungen, dieses Versprechen halbwegs einzulösen. Die Politikansatz der "neuen Mitte" war in den Feldern der Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik oft weder gerecht noch innovativ. Zunächst wurde die Frage der Gerechtigkeit ausgeklammert und ganz auf Modernisierungsrhetorik gesetzt. Als Schröder zunehmend Gegenwind aus dem eigenen Lager bekam, besann man sich des Gegenteils und wollte plötzlich wieder "gerecht" in einem traditionalistischen Sinne sein. Und schließlich wieder der Schwenk zur Modernisierungsrhetorik, ohne das Gerechtigkeitsanliegen entwickelt und herausgearbeitet zu haben. Vom „Genossen der Bosse“ zum „Robin Zwickel“ und wieder zurück – so hatten wir uns den „Dritten Weg“ nicht vorgestellt. Der interne Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit und Modernisierung wurde zu keinem Zeitpunkt erkannt: Gerechtigkeit braucht Veränderung und Veränderung muss gerecht sein. Das ist der Zweisatz unserer grünen Vorstellung einer erneuerten Linken.

5. Gesellschaftliche Debatte statt Nabelschau

Wir wollen die Erneuerung der Linken als gesellschaftliche Debatte führen und nicht als Nischendebatte in der Partei. Nur mit diesem Anspruch haben die Grünen auch eine Chance, zum Motor und Bezugspunkt einer solchen Debatte zu werden. Verantwortliche Politik muss sich an der gesellschaftlichen Situation orientieren, an den Lebensbedingungen der Menschen, und nicht an der kleinen heilen Welt der eigenen Partei. Deshalb begreifen wir die erneuerte Linke auch nicht als Sekte, Strömung oder Flügel, sondern als den Teil der Gesellschaft, der die Leitideen der Gerechtigkeit und Selbstbestimmung für sich reklamiert. Von der Frage, wie sich die Grünen in, gegen oder neben dieser Linken aufstellen, hängt für die Zukunft der Partei mehr ab, als manche glauben. Daran hängen das programmatische Profil, wie auch handfeste Machtoptionen.

6. Die Chance aktiv ergreifen

Mit der Strategie „Links Neu“ verbinden sich erhebliche inhaltliche wie strategische Chancen. Sie fliegt uns jedoch nicht zu, sondern sie muss aktiv ergriffen werden - als programmatische Richtung, als Kommunikationsstrategie, als strahlkräftiges Angebot an die Gesellschaft. Die Chance „Links Neu“ zu ergreifen wird nicht ohne Mühen abgehen, doch der Weg ist inhaltlich notwendig und strategisch sinnvoll. Das neue Grundsatzprogramm ist ein wichtiger Anfang, mit seinen Grundsäulen der erweiterten Gerechtigkeit, der Selbstbestimmung, der Demokratie und der Ökologie. Jetzt gilt es, diesen Weg fortzusetzen und nicht wieder in den alten Burgfrieden zurückzufallen.

II. Eckpunkte einer erneuerten Linken - Erweiterte Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Ökologie, Demokratie

Wir beginnen mit der inhaltlichen Beschreibung von „Links Neu“, denn Strategien, Macht und Prozesse sind kein Selbstzweck, sondern rechtfertigen sich nur durch berechtigte inhaltliche Anliegen.

1. Was heißt „Links Neu“?

Die von uns vorgeschlagene Option lautet, insofern an die demokratische Linke anzuknüpfen, als wir die Frage der Gerechtigkeit und Selbstbestimmung als Grüne nochmals neu stellen.

Die Parteinahme für Schwächere und das Versprechen der Selbstbestimmung sind nicht nur der normative Ausgangspunkt unseres politischen Engagements, sie sind auch das, was wir von den Grünen erwarten. Die Grünen stehen hierbei nicht mit dem Rücken zur Wand, sondern können selbstbewusst und erhobenen Hauptes agieren. Die traditionelle Linke hat es versäumt, die neuen Gerechtigkeitsfragen – Ökologie, Minderheitenschutz, demokratische Teilhabe, Generationengerechtigkeit, internationale Gerechtigkeit, gerechter Zugang zu Bildung – in ausreichendem Maße zu thematisieren.

Der Einwand, der Gerechtigkeitsgedanke sei in der Parteienlandschaft zu unterscheidungsschwach, ist in doppelter Hinsicht falsch. Zum einen ist die Kategorie der Gerechtigkeit bei Liberalen und Konservativen kaum existent. Zum anderen hängt die Strahlkraft des Gerechtigkeitsgedankens ganz entscheidend von seiner *Interpretation* ab.

Nur als interpretierter Begriff erhält er Konturen und vermag zu überzeugen. Und wir meinen, der Entwurf des Grundsatzprogramms hat hier mit dem Konzept der Erweiterten Gerechtigkeit eine ausgesprochen starke Interpretation anzubieten:

Wir haben einen emanzipatorischen Gerechtigkeitsbegriff, dem es um Empowerment und gleiche Verwirklichungschancen in sozialer Sicherheit geht. Gerechtigkeit zielt nach der grünen Programmatik auf konkrete – und nicht nur abstrakte – Chancengleichheit. Und Gerechtigkeit heißt zuallererst Parteinahme für die am schlechtesten Gestellten. Damit meinen wir nicht eine verkürzte Wahrnehmung des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit, in der die erworbenen Rechte des männlichen Facharbeiters auf ewig der entscheidende Maßstab für die Verwirklichung von Gerechtigkeit bleiben. Wir machen Politik für diejenigen, die ohne Unterstützung der Gesellschaft keine Chance auf Wahrnehmung ihrer Rechte, Selbstbestimmung oder eigenverantwortliche Lebensführung haben. Arbeitslose, Migrantinnen und Migranten, Alleinerziehende, Kinder und viele andere Menschen sind auf das politische Engagement der Grünen angewiesen. In diesem Sinn ist Gerechtigkeit kein abstrakter Gedanke, sondern politisch hochrelevant. Ein Gerechtigkeitsbegriff, der auf die sozialen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft Antwort geben will, hat notwendigerweise mehrere Dimensionen.

Stichpunkt Teilhabegerechtigkeit: Wer wenn nicht wir ist in der Lage, die neuen Fragen des Zugangs zu den entscheidenden gesellschaftlichen Ressourcen – Arbeit, Bildung, demokratische Teilhabe – zu stellen und zu beantworten? Stichpunkt Geschlechtergerechtigkeit: Wer wenn nicht wir ist willens, das immer noch uneingelöste Versprechen eines gleichberechtigten Lebens zwischen Frauen und Männern weiter zu realisieren? Stichpunkt internationale Gerechtigkeit: Wer wenn nicht wir hat die Möglichkeit, die Globalisierung in ihrer Ambivalenz zu erkennen und entsprechende Schlüsse daraus zu ziehen? Stichpunkt Generationengerechtigkeit: Wer wenn nicht wir berücksichtigt schon heute die Interessen der jungen und zukünftigen Generationen – in Fragen der sozialen Sicherung und der Umweltpolitik? Und schließlich Stichpunkt Umweltgerechtigkeit: Wer wenn nicht wir sollte das Thema Umwelt als eine harte Gerechtigkeitsfrage, eine Frage der Lebensvoraussetzungen und der Lebensqualität von heute und morgen thematisieren?

Im Zentrum unserer Politik steht die Parteinahme für die sozial Schwachen und Benachteiligten – mit all ihren verteilungspolitischen Konsequenzen. Die "neuen" Gerechtigkeitsfragen stehen nicht neben oder gar gegen die Frage der Verteilungsgerechtigkeit, sie sind Verteilungsfragen, wenn auch neuer Art. Es wäre naiv zu glauben, die Frage der Teilhabe an Arbeit und Bildung, der globalen Gerechtigkeit oder der Generationengerechtigkeit hätte keine Verteilungsdimension. Ganz im Gegenteil: Gerade hier sind erhebliche materielle Anstrengungen nötig, wenn auch mit einem anderen Ziel, nämlich der Partizipation an zentralen gesellschaftlichen Gütern.

Es kommt entscheidend darauf an, den internen Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit und Selbstbestimmung herauszustellen. Gerechtigkeit steht aus grüner Sicht nicht gegen Freiheit, sondern für den Gedanken gleicher Verwirklichungsmöglichkeiten. Begreift man Gerechtigkeit als gleiche reale Freiheitschancen, so wird bereits hier deutlich, wo das eigenständige Profil der grünen Partei liegt. Sowohl der sozialdemokratische Ruf nach Gerechtigkeit als auch der freidemokratische Ruf nach Freiheit greifen zu kurz. Die Grünen sind in der Lage, Gerechtigkeit *und* Freiheit zusammendenken. Gerechtigkeit zielt aus unserer Sicht nicht auf einen entmündigenden Staatspaternalismus, sondern verlangt nach realer Chancengleichheit und Selbstbestimmung. Freiheit erhält vor diesem Hintergrund eine

emanzipative Stoßrichtung, die die materiellen und immateriellen Voraussetzungen von Selbstbestimmung nicht ausklammert, wie es der Laisser-faire Liberalismus der FDP tut.

Eine Partei, die es mit dem Begriff der Gerechtigkeit ernst meint, ist aufgefordert, den Verallgemeinerungsgrundsatz räumlich und zeitlich weiterzudenken. Und spätestens an den beiden Punkten der internationalen Gerechtigkeit und der intergenerationellen Gerechtigkeit müsste jedem deutlich werden, worin die Eigenständigkeit des grünen Ansatzes liegt.

Gerechtigkeit heißt im grünen Kontext von jeher internationale Solidarität. Und die Grünen haben mit dem Thema Europa die historische Chance, sich zum Anwalt Europas und damit zum Anwalt einer der großen Visionen unserer Zeit zu machen.

Und Gerechtigkeit heißt im grünen Kontext mit an vorderster Stelle Generationengerechtigkeit – und auch hier liegen sowohl im sozialen wie auch im ökologischen Bereich die Themen der Zukunft vergraben. Es geht um nichts weniger als um die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme und damit des Sozialstaats als solchem. Wir haben über den vorgeschlagenen Weg die Chance, die soziale Relevanz von Umweltthemen deutlich zu machen. Im angloamerikanischen Raum ist der Begriff der „environmental justice“ längst ein fester Begriff. In ihm wird deutlich, dass sich hinter der ökologischen Frage handfeste Fragen der Gerechtigkeit und Freiheit verbergen. Im Bereich ökologischer Politik geht es um die Freiheitsspielräume junger und kommender Generationen; und es geht um die sozialen Bedingungen, unter denen Menschen zu leben haben werden. Hier bekommt ökologische Politik einen anderen Zungenschlag, als in manchen „small is beautiful“-Arien. Eine Politik der Umweltgerechtigkeit kann dabei keineswegs auf ökologische Grenzziehungen verzichten. Sie ist jedoch in der Lage, den Bürgerinnen und Bürgerinnen plausibel zu machen, *warum* diese Grenzziehungen notwendig sind, indem sie positiv an den Freiheits- und Gerechtigkeitskern moderner Gesellschaften anknüpft.

Wir dürfen uns nicht zurücklehnen, sondern müssen den programmatischen Vorsprung weiter vertiefen und ausbauen. Wie verhalten sich die verschiedenen Gerechtigkeitsdimensionen zueinander? Welche Rolle genau spielt die Verteilungsdimension in den "alten" und "neuen" Gerechtigkeitsfragen? Wie bewegt sich eine Politik der Generationengerechtigkeit zwischen Haushaltskonsolidierung und Zukunftsinvestitionen? Welche Konsequenzen haben Teilhabe- und Zugangsgerechtigkeit für die Lebensstandardsicherung? Was heißt es, die Ökologie als Gerechtigkeitsanliegen zu thematisieren? Das sind entscheidende Orientierungsfragen einer erneuerten, ökologischen und emanzipatorischen Linken – und die Grünen können und müssen sie beantworten. Es geht nun darum, das Verhältnis der verschiedenen Gerechtigkeitsdimensionen zueinander möglichst genau zu bestimmen.

Der erweiterte Gerechtigkeitsbegriff wird sich dabei der Schwierigkeit von Abwägungen nicht entziehen können. Es geht nicht überall immer nur um ein Mehr an allen Dimensionen von Gerechtigkeit, es wird auch zu Zielkonflikten kommen. Doch eine erneuerte Linke kann diese Dimensionen nicht gegeneinander ausspielen, weil sie verschiedene wichtige Aspekte der sozialen Frage benennen. Bis zu einem gewissen Grad ist dieser Gegensatz auch künstlich. Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen ohne angemessene Teilhabe an der Verteilung erwirtschafteten Wohlstandes kann schnell zum instrumentalisierten Argument für Befürworter asymmetrischer Sozialbeziehungen werden, zum "Abspeisen" mit der bloßen schulterklopfenden Anerkennung. Und jede "postmaterielle" Orientierung hat selbstverständlich starke materielle Voraussetzungen. Diese deutlich zu machen ist Aufgabe

einer erneuerten Linken.

Über die Strategie „Links Neu“ kann es gelingen, die ökologischen und sozialen Kernanliegen der Bündnisgrünen als "harte" Fragen zu vermitteln, die die Lebensbedingungen und die Zukunftschancen der Menschen betreffen. Man tut den grünen Schlüsselthemen keinen Gefallen, wenn man sie im Dunstkreis des klassischen Milieus belässt. Erst wenn die grünen Anliegen von den Bürgerinnen und Bürgern als ernsthafte Sorge um die Bedürfnisse und Verwirklichungsansprüche der Menschen aufgenommen werden, wird die eigentliche Reichweite des grünen Projekts sichtbar.

Es ist unübersehbar: in dem Fokus der Gerechtigkeit laufen die Themen und Anliegen grüner Politik zusammen. Aus der Gerechtigkeitsperspektive sind grüne Anliegen nicht nur postmaterialistische Wohlfühlthemen, sondern sie betreffen "harte" Zukunftsfragen. Über diese Perspektive haben die Grünen die Chance, stärker als bislang in die gesellschaftlichen Debatten einzugreifen und die gesellschaftliche Relevanz ihrer Anliegen zu vermitteln.

2. Die Alternativen

Neben unserem Vorschlag einer erneuerten, europäischen und ökologischen Linken lassen sich in der Partei mindestens vier andere Optionen feststellen, auch wenn deren Protagonisten sie in der Regel nicht explizit aussprechen. Diese Optionen bezeichnen wir als "Alles zugleich", "Radikaler Pragmatismus", "Links alt" und "Wertkonservatismus".

Option Alles zugleich: Eine Option besteht darin, sich als Partei aus allen politischen Ideen, Weltbildern und Traditionen zu bedienen. Innerparteilicher Pluralismus ist ein hoher Wert - und eine Partei basiert am Ende immer auf Kompromissen höchst unterschiedlicher Akteure. Was uns jedoch beunruhigt ist, dass bislang eine engagierte streitbare Debatte um ein normatives Fundament für die Gesamtpartei kaum stattfindet. So wichtig Pluralismus und Meinungsvielfalt sind, so wenig dürfen die Inhalte einer Partei zu einem Bauchladen werden. Eine der größten Schwierigkeiten der Grünen ist das Phänomen der permanenten Selbstdementierung. Wir reden an diesem Punkt nicht über die Pluralität grüner Themen oder die Vielfalt grüner Persönlichkeiten, sondern über das Aussenden dissonanter, widersprüchlicher Botschaften. Wir halten die These für falsch, dass die Qualität einer Partei darin liege, dass sie die „Widersprüche in der Gesellschaft repräsentiert“. Parteien sind dazu da, Partei zu ergreifen. Und die Bürgerinnen und Bürger wollen von einer Partei wissen, welche Position sie zu einem bestimmten Thema einnimmt. Dem muss ein pluralistischer und lebendiger innerparteilicher Willensbildungsprozess vorausgehen, aber am Ende braucht eine attraktive Partei eine kohärente Position. Da helfen auch Leerformeln wie "Nicht rechts, nicht links, sondern vorne" kaum weiter. Die grünen Wähler wollen wissen, wofür Grün steht. Statt einer Antwort bekommen sie aber oft drei. Und genau das ist das Problem. Im schlimmsten Fall vertreten Einzelne alles gleichzeitig und merken gar nicht, wie konturlos und unpointiert diese Aneinanderreihung von Bruchstücken ist. Die unterschiedlichen Grundpositionen in der Partei zu integrieren und zusammenzukitten ist harte Arbeit und eine große Leistung. Wenn wir also über praktisches Parteimanagement sprechen, ist das Zusammenhalten der verschiedenen Kräfte alternativlos und notwendig. Wenn wir aber eine Perspektivendiskussion führen, so müssen wir die Diskussion um den gemeinsamen Kern führen. „Alles gleichzeitig“ – das wird auf Dauer nicht reichen.

Option Radikaler Pragmatismus: Eine weitere Option besteht darin, den undogmatischen, unbefangenen Problemlöser zu geben. Ein beliebtes Image, gerade auch bei Jüngeren. Es

ist jedoch ein „naturalistischer Fehlschluss“ erster Klasse, wenn behauptet wird, man solle normativpolitische Kategorien („gerecht“/„ungerecht“, "selbstbestimmt"/"paternalistisch", „links“/„rechts“etc.) einfach über Bord werfen und die „Probleme, die in der Gesellschaft vorhanden sind, unmittelbar und tabulos ansprechen“. Wonach bestimmt sich eigentlich, was ein „Problem“ ist? Und woraus ergibt sich eigentlich der Weg, ein Problem zu lösen? Diese Fragen lassen sich ohne ein normatives Fundament überhaupt nicht beantworten. Die Rhetorik der Problemlösung unter unmittelbarer Bezugnahme auf den „eigentlichen“ Willen der Bevölkerung und der Verzicht auf normative Begrifflichkeiten und einen politischen Kompass macht Politik gegenüber den Feinden von Demokratie und Toleranz anfällig, hilflos und schwach. Diese Immunschwäche ist aber nicht nur ein Problem der Westermittler, sie ist eine allgemeine Gefahr für die Politik. Anstatt die normative Landkarte wegzuworfen wollen wir sie, wo nötig, ergänzen und umschreiben. Die Orientierungslosigkeit ist ein Problem der „neuen Mitte“ insgesamt. Wofür steht diese „Mitte“ eigentlich? Innovation in welche Richtung? Bewahrung von was? Modernisierung in welcher Hinsicht? So wichtig es ist, bei der Wahl der politischen Instrumente offen für Neues zu sein, so naiv ist es, zu glauben, diese Unbefangenheit alleine habe schon allzu viel mit Politik zu tun. Gerade bei dem gewaltigen Projekt der Erneuerung des Sozialstaates, das in die Lebensbedingungen jedes Einzelnen eingreift, stellt sich das für eine solche Aufgabe notwendige Vertrauen der Menschen nicht von alleine ein. Auf diese Reise werden sich die Menschen nur einlassen, wenn sie das normative, politische Ziel kennen. Und wer auf die Definition dieses Zieles zu verzichten können glaubt, wird scheitern.

Die beschriebene Form des Hyper-Pragmatismus speist sich faktisch oft aus wirtschaftsliberalem Gedankengut, das sich auch gerne rein pragmatisch gebärdet, in Wahrheit aber auf einer klar beschreibbaren Theorie beruht. Der Staat wird hier in eine Statistenrolle zurückgedrängt. Anstatt die staatliche Gestaltungsaufgabe entsprechend den gesellschaftlichen Herausforderungen neu zu justieren und neue Arrangements zu kreieren, wird simpel Entstaatlichung gefordert. Mit Sicherheit keine Option für eine Partei, der es auf Gerechtigkeit und Selbstbestimmung ankommt.

Option Links alt: Eine weitere Option der Partei könnte Back-to-the-roots heißen. „Schluss mit den anstrengenden Debatten um Erneuerung der Linken, gesellschaftlichen Wandel und neue Herausforderungen. Schluss mit den verwirrenden Debatten um einen neuen, komplexen Gerechtigkeitsbegriff. Schluss mit den anstrengenden Kompromissen in der Regierung.“ Die Option des Back-to-the-roots wird vor dem Hintergrund der guten grünen Wahlergebnisse keine übermäßige Kraft besitzen, aber sie steht nach wie vor im Raum, wenn vielleicht auch unter einem weniger offensichtlichen Etikett. Wir halten diesen Weg nicht nur aus strategischen Gründen für falsch, weil er die Grünen in jene Nische zurückdrängen würde, aus der sie sich mühselig herausbewegt haben. Wir halten ihn insbesondere aus inhaltlichen Gründen für falsch. Eine Linke, die dem Traditionalismus verfällt, ist zu Antworten auf die drängenden Fragen der Gegenwart nicht in der Lage. Zu stark haben sich die gesellschaftlichen Realitäten gewandelt. Und zu stark ist auch die Verständigung darüber fortgeschritten, was die Ziele der Gerechtigkeit und der Emanzipation im Kern bedeuten. Viele grüne Debatten der letzten Jahre waren eben nicht nur dem Druck der Regierungsbeteiligung geschuldet, sondern der Einsicht in veränderte gesellschaftliche Realitäten und veränderte normative Zielsetzungen.

Option Wertkonservatismus: Eine Option, die bei den Grünen immer wieder aufschimmert, lässt sich wohl am besten als „wertkonservativ“ beschreiben. Diese Option

scheint uns jedoch nicht nur wenig aussagekräftig, sondern sie hat darüber hinaus eine gefährliche Schlagseite. Sie ist wenig aussagekräftig, weil sie unklar lässt, welche Werte denn konserviert werden sollen. Moralphilosophie und Geschichte haben ja einiges an Werten zu bieten. Wenn damit gemeint ist, was der SPD-Linke Erhard Eppler im Kern vor 20 Jahren meinte, nämlich dass die Verteidigung der aufklärerischen Werte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ eine bewahrende Dimension hat, dann ist der Begriff unproblematisch. Unser Eindruck ist jedoch, dass sich dieser Begriff zunehmend aus dem aufklärerischen Kontext herauslöst. Mit seinen Versatzstücken aus Ökologie-Primat, Zivilgesellschaft und Kulturpessimismus wird er immer mehr zur einer Variante eines „wohlfühlenden“ Konservatismus. Die Option, die sich dahinter verbirgt, ist nicht zu unterschätzen, denn sie hat für einen Teil der Partei offenkundig eine gewisse Attraktivität. Die emanzipatorischen Zugewinne der letzten Jahrzehnte, die nicht zuletzt grüner Politik zu verdanken sind, werden aus dieser Perspektive skeptisch bewertet. Die Welt – zu laut, zu bunt, zu schnell. So lautet das wertkonservative Lamento, das im ökologischen Gedanken einen vermeintlichen Verbündeten sucht. Gegen den Individualismus werden die undefinierten Begriffe vom Gemeinwohl und Gemeinsinn angeführt, die in der konservativen Begriffsgeschichte keine Unbekannten sind. Diese Begriffe sind jedoch ungenau und in ihrer Wirkung problematisch, da sie an den kollektiven Zusammenhalt appellieren, ohne das normative Ziel dieser Kollektivität offen zu legen. Hier ist das Konzept eines erweiterten, grünen Gerechtigkeitsbegriffs präziser und missbrauchsresistenter, weil es sich aus egalitären und individualistischen Wurzeln speist und diese miteinander verbindet.

Im Übrigen fördert die Politik Solidarität nicht durch wertkonservative Verantwortungsappelle, sondern durch die aktive Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Bereichen wie dem Bildungssystem oder Arbeitswelt. Anstatt über den vermeintlichen Egoismus der Gesellschaft zu jammern und in appellativer Verantwortungsrhetorik zu versinken muss die Politik den Verantwortungsbegriff auf ihre eigenen institutionellen Aufgaben beziehen. Zu diesen Aufgaben gehört es nicht zuletzt, die Menschen überhaupt erst in die Lage zu versetzen, Eigenverantwortung wahrnehmen zu können.

3. „Links Neu“ im postindustriellen Zeitalter

Eine erneuerte Linke und eine neue Politik für soziale Gerechtigkeit muss darauf reagieren, dass sich die Bedingungen für die Verteilung von Wohlstand im postindustriellen Zeitalter drastisch verändert haben. Herkömmliche Industriearbeit wurde in den letzten Jahrzehnten in hohem Maße durch den Dienstleistungssektor ersetzt. Unter dem Druck der Globalisierung spielt wissensbasierte Arbeit eine immer größere Rolle, da Deutschland weder über Rohstoffe noch über billige Arbeitskräfte verfügt. Umweltfreundliche Technologien und Instrumente sind unter dem Druck der Umweltzerstörung und knapper Ressourcen zunehmend zu harten Wirtschaftsfaktoren geworden. Der demographische Wandel postindustrieller Gesellschaften führt zu großen Herausforderungen für den Sozialstaat. Eine erneuerte Linke muss diesen veränderten Bedingungen des Postindustrialismus Rechnung tragen, wenn sie weiterhin ihren Anspruch auf die Verwirklichung von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung aufrechterhalten will.

Wir brauchen unter den jetzigen Bedingungen von Staatsverschuldung und demographischem Wandel Wachstum, soweit es sozial und ökologisch nicht schädlich ist. Die trügerische Hoffnung auf klassisches industrielles Wachstum darf aber nicht weiterhin

notwendige Strukturreformen ersetzen. Dies gilt umso mehr, wenn man den demographischen Wandel unserer Gesellschaft einbezieht. Die Finanzierung sozialer Sicherheit kann nicht mehr nur an der abhängigen Beschäftigung anknüpfen, sondern muss andere Erwerbsmöglichkeiten und Einkommen einbeziehen. Gleichzeitig gibt es ein Bedürfnis nach kollektiver sozialer Absicherung jenseits der abhängig Beschäftigten, etwa bei Selbständigen oder Menschen, die gesellschaftlich notwendige Arbeit ohne Bezahlung verrichten. Früher eher randständige Risikolagen sind mittlerweile so verbreitet und so folgenreich für den Einzelnen, dass eine Neujustierung des Sozialstaats dringend erforderlich ist: Das betrifft insbesondere, das Risiko einer Erwerbsbiographie mit Phasen der Arbeitslosigkeit oder Teilzeitarbeit, die den Aufbau einer Altersvorsorge aus eigener Kraft nicht mehr zulässt, das Risiko der Alleinerziehung, das Risiko unzureichender oder veralteter Qualifikation oder das Risiko eines Scheiterns beim Sprung in die Selbständigkeit. Die Modernisierung des Sozialstaates kann deshalb nicht seinen Rückzug bedeuten. Im Gegenteil, substanzielle Erfolge beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, etwa durch bessere Verteilung von Arbeit, sind nur dann zu erzielen, wenn die Solidarsysteme diese neuen Risikolagen berücksichtigen. Die anhaltend hohe strukturelle Arbeitslosigkeit ist nicht eine Folge von zuviel sozialer Sicherheit. Sie ist auch Folge von zu wenig oder falscher sozialer Sicherheit für bestimmte Problemlagen.

Wir müssen entlang unseres Gerechtigkeitsbegriffs eine Entscheidung treffen, welche der bisher kollektiv abgesicherten Risiken in Zukunft der Einzelne zu tragen hat und welche individuellen Risiken künftig mehr Unterstützung erfahren müssen. Bislang orientieren sich die sozialen Sicherungssysteme am Ziel der Aufrechterhaltung des Lebensstandards. Diese Zielsetzung war allenfalls so lange gerecht, als die Angewiesenheit auf Sozialleistungen als Ausnahmefall von der Regel lebenslanger Beschäftigung betrachtet werden konnte. Diese Lebensstandardsicherung, die ja bisher den erfolgreichen Zugang zum Arbeitsmarkt voraussetzt, verkehrt sich jedoch dann zu einer Ungerechtigkeit, wenn sie zum teuren Privileg einiger weniger wird, das die Verbesserung der Zugangschancen vieler anderer verhindert. Eine gerechte Verteilung von Chancen auf dem Arbeitsmarkt lässt sich deshalb nur erreichen, wenn die Sozialsysteme weniger Verantwortung für die Sicherung des einmal erreichten Lebensstandards übernehmen, um statt dessen dem Einzelnen bei der Bewältigung des Risikos dauerhafter Abkopplung vom Arbeitsmarkt und von existenzieller sozialer Sicherheit mehr unter die Arme zu greifen. Die Grünen haben mit Blick auf all das mit ihren Konzepten der Bürgerversicherung sowie der sozialen Grundsicherung zwei zentrale Lösungsansätze benannt. Hieran müssen wir kontinuierlich weiterarbeiten, wenn wir einer veränderten Welt zu mehr Gerechtigkeit verhelfen wollen.

4. Parteinahme für die Schwachen

Parteien sind nach unserem Anspruch keine Interessengruppen, sondern haben die Aufgabe, einzelne Interessen mit Blick auf Gerechtigkeit und Fairness zu transformieren. Diese Transformation ist nicht einfach die Moderation verschiedener Interessen, sondern das Geltendmachen des ureigenen Anspruchs der politischen Sphäre, Gerechtigkeit und Fairness herzustellen. Deshalb sind die zahlreichen Kommissionen, Räte und Konsensrunden zumindest problematisch, da sie Gefahr laufen, der Politik das Bewusstsein für ihre eigene Gestaltungsaufgabe zu nehmen.

Auch wenn es faktisch oft anders ist: Die Parteien sollten ihren Streit nicht als Streit zwischen unterschiedlichen Interessengruppen, denen sie sich verpflichtet fühlen, begreifen,

sondern als Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Konzeptionen von Gerechtigkeit und Gemeinwohl. Hier gibt es erhebliche Unterschiede, und es wäre wichtig, diese herauszuarbeiten.

Eine der ganz entscheidenden Aufgaben, wahrscheinlich die entscheidende überhaupt, ist es, die Interessen ans Tageslicht zu bringen und zu unterstützen, die keine Lobby haben. Parteinahme für die Schwächsten: Das ist wahrscheinlich der tiefste Grund, aus dem wir unsere politische Kraft und unseren politischen Idealismus beziehen. Wer sich nicht artikulieren kann, fällt sonst von vornherein aus Gerechtigkeitsüberlegungen heraus. Orientierung an den Schwächsten: das ist die Essenz des neuen grünen Grundsatzprogramms, das in dem politischen Philosophen John Rawls einen Vordenker findet. Hier haben die Grünen eine ganz besondere Rolle, denn ihre Politik wendet sich genau an diese Gruppen.

Vor dem Hintergrund dieser Gestaltungsaufgabe von Politik und Staat ist der pauschale Ruf nach "Weniger Staat" und "Deregulierung" nicht akzeptabel. Es geht vielmehr um eine neue Aufgabenbeschreibung des Staates vor dem Hintergrund einer völlig veränderten gesellschaftlichen Lage: Demographischer Wandel, Globalisierung, Migration, Individualisierung, Digitalisierung sind hier entscheidende Stichpunkte. Dabei geht es nicht einfach um "weniger" vs. "mehr" Staat, sondern um neue Balancen und Arrangements.

So ist es beispielsweise auffällig, dass die beiden großen realisierten Reformprojekte in der Sozialpolitik, Riester-Rente und Hartz-Reform, beide einerseits eine Flexibilisierungs- und Eigenverantwortungs-Komponente haben, andererseits aber stark auf staatliche Hilfestellungen und staatliche Mittel angewiesen sind. Empowerment und Emanzipation der Bürgerinnen und Bürger braucht in bestimmten Hinsichten einen starken, aktiven Staat.

Wir lehnen es ebenso ab, wenn das Schlagwort von „mehr Eigenverantwortung“ ausschließlich verwendet wird, um die finanzielle Vorsorge für bestimmte Risiken von der Solidargemeinschaft auf den Einzelnen zu übertragen, der Staat jedoch gleichzeitig die reale Entscheidungsfreiheit dieses so belasteten Einzelnen noch weiter beschneidet als bisher. Durch neue Erwerbsformen und unbeständigere Berufskarrieren wird die Berufswahl zu einem immer größeren Risiko. Gelegentliche Erwerbslosigkeit wird oft zur Regel. Staat und die sozialen Sicherungssysteme können den Wohlstand nur noch begrenzt umverteilen, sondern stellen eine Grundsicherung für alle Lebenslagen zur Verfügung. Wenn mehr Eigenverantwortung die Drohung des neuen Sozialstaats sind, dann ist ein mehr an realer Selbstbestimmung das Versprechen, dass er einlösen muss. Weniger Sicherheit muss einhergehen mit mehr eigener und realer Entscheidungsmacht des Einzelnen, und zwar nicht nur dort, wo dies dem Staat in den Kram passt.

5. Offenheit für andere politische Traditionen

Wir sind uns bewusst, dass wir mit tradierten politischen Begrifflichkeiten – zu denen auch das Begriffspaar links/rechts gehört - vorsichtig umgehen sollten, da sie nur noch begrenzt taugen und auch früher nur begrenzt getaugt haben. Wir wissen aber auch, dass wir trotz dieser Probleme nicht umhinkommen, für uns eine nachvollziehbare normative Position zu bestimmen. Dazu taugen weder ein unkoordiniertes Nebeneinanderstellen der unterschiedlichen politischen Traditionen noch blinder Pragmatismus, weder linker Traditionalismus noch kulturpessimistischer Wertkonservatismus.

Eine erneuerte, lernfähige Linke ist keine Linke, die sich aggressiv von anderen

aufklärerischen Traditionen absetzt. Im Gegenteil: Sie nimmt den Pathos von Selbstbestimmung und Pluralismus, Freiheitsrechten und Rechtsstaatlichkeit des politischen Liberalismus ebenso in sich auf, wie die wertkonservative Idee der Verteidigung von Menschenwürde und Solidarität gegen ökonomische oder technokratische Zugriffe. Erneuerung der Linken heißt auch, Brücken zu bauen in verschiedene politische Milieus und Weltanschauungen, ohne dabei beliebig zu werden.

Doch auch wenn sich eine erneuerte Linke für Elemente anderer politischer Traditionen öffnen muss, so geht es uns eben doch um eine Neuausrichtung linker Politik und damit um eine Absage an die These von der Äquidistanz der Grünen zu den unterschiedlichen Traditionen und erst recht an die These, die Grünen seien die eigentlich konservative Partei. Das ist kein Streit um Worte, sondern dahinter steht das Kernanliegen, grüne Politik an den Anliegen Gerechtigkeit und Selbstbestimmung zu orientieren. Wenn diese beiden Anliegen den substanziellen Kern einer 'erneuerten Linken' ausmachen, dann ist der Begriff notwendig, um die Orientierung unserer Politik zu beschreiben.

Was meinen wir, wenn wir sagen, die Grünen sind keine konservative Partei, sondern die einer erneuerten Linken? Wenn "konservativ" die bloße formale Beweislastregel meint, dass man das Vorhandene bewahren sollte, solange man nicht starke Gründe für eine Veränderung hat, dann scheint uns das zwar auch nicht plausibel, aber in jedem Fall keine sinnvolle Trennlinie. Es ist völlig klar, dass wir als freiheitsorientierte Linke nicht nur die überlebenswichtige Umwelt, sondern etwa auch die zentralen Errungenschaften des liberalen Rechtsstaats und des demokratischen Sozialstaates bewahren wollen. *Insofern* hat eine moderne Linke selbstverständlich konservative Elemente. Genauso gut wissen wir, dass wir in vielen Bereichen mutige reformerische Veränderungen brauchen, gerade *um* diese Errungenschaften vor dem Hintergrund dramatischer gesellschaftlicher Veränderungen bewahren und verteidigen zu können.

Die Konservative, auf die wir uns kritisch beziehen, ist nicht eine formal sondern eine inhaltlich bestimmte. Denn der Neokonservatismus, wie er sich momentan abzeichnet, ist nicht durch die genannte formale Beweislastregel gekennzeichnet. Ihm geht es vielmehr um die aktive Durchsetzung bestimmter inhaltlicher Ziele und Gesellschaftsvorstellungen – und das oftmals in aggressiver Abwendung von der vorhandenen Sozial- und Rechtsstaatssubstanz. Ellenbogenmentalität statt Solidarität, gemeinschaftliche Bevormundung statt Selbstbestimmung, Renationalisierung statt Weltoffenheit – das ist die Agenda des Neokonservatismus. Dem inhaltlich bestimmten Neokonservatismus geht es im Kern darum, über die Unsicherheitsgefühle und Ängste in der Bevölkerung eine Politik zu installieren, die sich *gegen* die emanzipatorische und gerechtigkeitsorientierte Substanz der liberalen Linken aufstellt.

6. Neue Herausforderungen

Eine erneuerte Linke muss die Augen öffnen für den dramatischen gesellschaftlichen und globalen Wandel der letzten Jahrzehnte. Globalisierung, Individualisierung, Digitalisierung, Demographischer Wandel, Migration und Klimawandel sind nur einige der Stichpunkte, die die tiefgreifende Transformation beschreiben. Dieser Wandel macht neue Ansätze und neue Instrumente notwendig, um dem Anspruch auf Gerechtigkeit und Selbstbestimmung auch tatsächlich gerecht zu werden. Wir wollen im Folgenden nur beispielhaft einige Schnittstellen benennen, an denen unser normativer Anspruch und die gesellschaftliche Veränderung zu

einer besonderen Herausforderung für eine erneuerte Linke führen. Wir wollen dabei zum jetzigen Zeitpunkt zunächst einmal Grundfragen und Grundprobleme in verschiedenen Bereichen aufzeigen. Es geht uns in dieser Phase also weder um Tagespolitik noch um Vollständigkeit. Gleichzeitig wollen wir in den nächsten Monaten das Papier so weiterentwickeln, dass wir auch zu den tagespolitischen Konsequenzen und zu noch offenen Politikfeldern Stellung beziehen. Es sind fünf neue Herausforderungen, auf die wir im Folgenden eingehen: Globalisierung und Soziale Sicherungssysteme, Massenarbeitslosigkeit, Bildungsreform, Zukunft der Energie und Internationale Sicherheit nach dem 11. September.

Herausforderung Globalisierung und Soziale Sicherungssysteme. Der Sozialstaat gerät durch die Globalisierung unter erheblichen Druck, auf den eine erneuerte Linke eine realitätstaugliche Antwort geben muss. Die Globalisierung der Weltwirtschaft führt dazu, dass unser Sozial- und Wirtschaftssystem mit anderen Wirtschaftsordnungen zunehmend konkurriert. Ein leistungsfähiges Sozialsystem für alle Schichten der Bevölkerung im Sinne des kontinentaleuropäischen Sozialmodells ist dabei auch ein Standortvorteil.

Die zunehmende Internationalisierung von Handel, Wirtschaft, Arbeitsteilung und Geldströmen hat auf Leben, Wohlstand, Kultur und Partizipationsmöglichkeiten der Menschen positive wie negative Auswirkungen. Wohlstandsgewinne, internationaler Austausch, Wissens- und Kompetenztransfer und komparative Kostenvorteile sind auch aus unserer Sicht Chancen der Globalisierung. Sie kann in vielerlei Hinsicht also emanzipatorische und gerechtigkeitsfördernde Wirkungen haben. Auf der anderen Seite sind die Verteilungswirkungen der Globalisierung nicht geklärt, das Geschehen entgleitet der demokratischen Kontrolle, Machtgewichte verschieben sich, die Verhandlungsmacht mobiler Akteure steigt an. Wenn wir aus der Perspektive einer erneuerten Linken gestaltend eingreifen wollen, müssen wir versuchen, beide Seiten im Blick zu halten.

Vor allem zwei Phänomene der Globalisierung gilt es aus der Perspektive einer erneuerten Linken heraus zu betrachten: Die internationale Konkurrenz auf der Ebene der Produktion, also die Standortkonkurrenz, und auf der Ebene des Konsums, also die Marktkonkurrenz. Vor allem die Standortkonkurrenz gerät nun in Deutschland zunehmend in den Blick. Arbeits-, Umwelt- und Sozialstandards werden von unternehmerischen Akteuren zunehmend als Kostenfaktoren gesehen und ihren Ansiedlungs- und Abwanderungsentscheidungen zugrunde gelegt. Dadurch entsteht ein massiver Druck von Seiten eines letztlich dezentralen ökonomischen Geschehens auf demokratisch legitimierte und teilweise verfassungsrechtlich festgelegte sozialstaatliche Institutionen. Linke strukturkonservative Reaktionen betonen als Gegengift Abschottungsmanöver und Protektionismus. Doch ein solcher tendenzieller Rückzug aus dem internationalen Handel ist aus unserer Sicht nicht wünschenswert, da er die Freiheits- und gerechtigkeitsfördernden Wohlstandseffekte der Globalisierung verspielt. Gleichzeitig gilt, dass eine unregulierte Globalisierung nicht automatisch die gerechte Verteilung von Freiheits- und Wohlstandseffekten zur Folge hat, und sie birgt die Gefahr der Aushöhlung demokratischer Partizipation.

Vor diesem Hintergrund sind Kapitalflucht, Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung riesige Probleme. Jeder macht mit und alle fühlen sich im Recht. Die Akzeptanz vieler staatlicher Regeln und Institutionen scheint kontinuierlich zu sinken. Eine Reihe von institutionellen Vorrichtungen haben in Deutschland das Gegenteil dessen zur Folge, was sie eigentlich einmal leisten sollten. Es kann nicht die Antwort der erneuerten Linken sein, untaugliche Regeln oder Abgaben aufgrund einer symbolischen aber faktisch ausgehöhlten

Gerechtigkeitswirkung auf Gedeih und Verderb zu verteidigen. Es kann allerdings auch nicht die Antwort der erneuerten Linken sein, dem Druck der Wirtschaftseliten, des Steuer- und Sozialdumpings oder der kurzsichtigen Rationalität der Schattenwirtschaft einfach stattzugeben. Die Ziele einer erneuerten Linken von Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Ökologie und Demokratie haben in Deutschland immer noch hohe Überzeugungskraft. Gelingt es uns, institutionelle Arrangements zu schaffen, die diese Werte überzeugend in die Realität umsetzen, dann könnte auch Steuermoral wieder zunehmen und die Schwarzarbeit zurückgedrängt werden. Aus Sicht einer erneuerten Linken ist darauf hinzuweisen, dass der volkswirtschaftliche Schaden etwa durch Steuerhinterziehung oder Schwarzarbeit bei weitem den Schaden übersteigt, der durch den Missbrauch unserer Sozialsysteme entsteht. Mit welchen steuerlichen Instrumenten man die Beteiligung der oberen Schichten an den Finanzierungsaufgaben gewährleistet und wie man Steuerflucht, Steueroasen, Flucht vor der materiellen Mitverantwortung verhindert, ist eine wichtige Gestaltungsaufgabe. Eigentum bleibt auch sozialpflichtig.

Zentral für eine erneuerte, internationalistische und kosmopolitische Linke ist dabei selbstverständlich das Operieren auf internationaler Ebene. Nicht nur müssen sich gleichgesinnte Parteien stärker vernetzen, auch die Stärkung und Allianz von Organisationen, die Öko-, Sozial- und Arbeitnehmerinteressen auf internationaler Ebene vertreten, sollte unser Ziel sein. Das Kapital ist längst multinational, so muss es denn auch die Arbeit sein. Wesentlichen Einfluss auf die internationale Regulierung der Globalisierung wird man vor allem auch über die Europäische Union ausüben können. Wir müssen zusammen mit unseren europäischen Schwesterparteien dafür sorgen, dass dabei politische Verantwortung erkennbar und demokratischer Einfluss möglich bleiben. Denn gerade die Gerechtigkeitsfragen, die sich im Zusammenhang mit der Globalisierung stellen, können nicht durch Expertentum und Facharbeitsgruppen europäischer Beamter gestellt und beantwortet werden. Die Globalisierung braucht Demokratisierung und politische Verantwortlichkeit, zuallererst innerhalb der Europäischen Union.

Ein weiterer wesentlicher sozialer Faktor, der die westeuropäischen Gesellschaften in den kommenden Jahrzehnten im Unterschied zu anderen Wirtschaftsregionen treffen wird, ist die Verlängerung der Lebenszeit bei gleichzeitig geringen Geburtenraten und weiterer Marginalisierung der Familie als sozial-ökonomischer Sicherungsinstitution. Aus dieser besonderen europäischen Situation werden zusätzliche soziale Lasten insbesondere für das Renten-, Pflege- und Gesundheitswesen entstehen. Wenn wir eine Senkung der Lohnnebenkosten fordern, um die Kosten des Faktors Arbeit zu senken und im Gegenzug ein stärkeres Gewicht auf die steuerliche Finanzierung der sozialen Sicherung legen, dann heißt das nicht, dass wir die Stärkeren in unserer Gesellschaft einseitig entlasten wollen. Ein Weg der Neuverteilung führt über eine stärkere Finanzierung über indirekte Steuern, wie dies bei der Rente durch die Ökosteuer begonnen wurde und bei der Gesetzlichen Krankenversicherung fortgesetzt werden soll. Daneben müssen die Leistungsbezieher selbst teilweise die vorsorgende Verantwortung bei einigen Leistungen übernehmen, die bisher von Arbeitnehmern und Arbeitgebern paritätisch finanziert wurden - etwa die Pflicht zum Aufbau einer privaten Zusatzvorsorge für das Alter. Damit bewahren wir unsere Wettbewerbsfähigkeit und geben dem Sozialmodell kontinentaleuropäischer Prägung eine Zukunft.

Die Globalisierung lässt sich nicht mit einem Rückzug des Staates bestehen: Gerade die Globalisierung verlangt, dass wir allen Kindern Bildungsqualität anbieten, unabhängig vom

Einkommen oder der Herkunft der Eltern. Sie verlangt Investitionen in die Forschung und in die Nachqualifizierung älterer Menschen. Und sie verlangt nicht zuletzt ein starkes, dauerhaftes Engagement für mehr Gerechtigkeit zwischen dem Norden und dem Süden des Globus.

Die Globalisierung und die damit einher gehende Tendenz zur Dienstleistungs-, Informations- und Wissensökonomie sind die wichtigsten Gründe, die für neue und international koordinierte Modell der sozialen Absicherung und der steuerlichen Finanzierung staatlicher Aufgaben sprechen. Wir brauchen ein Sozialstaatsmodell für das Globalisierungszeitalter, sonst werden wir uns entweder der Globalisierungschancen berauben oder schon sehr bald internationales Steuer- und Sozialdumping, globale Billiglohnkonkurrenz und Working Poor überall sehen. Für eine erneuerte Linke geht es um nicht mehr und nicht weniger als darum, der wirtschaftlichen Transformation eine entsprechende politische Transformation gegenüberzustellen, die demokratische Legitimation und soziale Sicherung unter den Bedingungen der Globalisierung herstellt.

Herausforderung Massenarbeitslosigkeit. In der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit liegt eine der herausragenden Herausforderungen einer erneuerten Linken. Hier zeigt sich, ob sie in der Lage ist, einem der drängendsten Gerechtigkeitsprobleme unserer Gesellschaft effektiv zu begegnen. Hierfür ist es unverzichtbar nach Konzepten zu suchen, die sich auf die spezifischen Bedingungen der postindustriellen Gesellschaft einlassen. Blickt man auf die traditionelle Linke, so hat man den Eindruck, hier wird noch immer auf der Grundlage der längst untergegangenen Welt des Industriezeitalters argumentiert. Die spezifischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte – der immense Bedeutungsgewinn von Dienstleistungen und Kommunikation, Wissen und Bildung, Mobilität und Individualisierung, Globalisierung und Migration – stellen dramatische Herausforderungen an die Arbeitsgesellschaft des 21. Jahrhunderts dar. Die Modernisierung, Rationalisierung und innovative technologische Veränderung von Wirtschaft und Arbeit schreiten fort. Ein Aspekt davon ist das Zurückgehen der Notwendigkeit eines gewissen Typs Arbeit (Industrie, Produktion, Landwirtschaft) zugunsten eines anderen (Dienstleistung, Information, Wissen). Ein zweiter ist eine Zunahme der Flexibilitätsanforderungen und für viele das Ende der konsistenten Vollzeit-Erwerbsbiografie. Ein dritter Aspekt ist die tendenzielle Verlangsamung des quantitativen Wachstums. Eine erneuerte Linke ist hier gefordert, auf der Suche nach Gerechtigkeit das Neue mitzudenken und zu realitätstauglichen Lösungen zu kommen.

Die Beschäftigungsfelder der Zukunft liegen im Aufbau der Wissensgesellschaft, einer Dienstleistungs- und Informationsökonomie sowie dem Aufbau zukunftsfähiger Wirtschaftszweige. Dazu gehören natürlich die Felder Energiewende, nachhaltige Mobilität, Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz, und umweltverträgliche Landwirtschaft. Diese Beschäftigungsfelder haben unter den geeigneten Rahmenbedingungen ein großes Potenzial, die Gesellschaft hin zu mehr Gerechtigkeit, mehr individueller Emanzipation und mehr demokratischer Beteiligung zu entwickeln. Sie verlangen und fördern Kommunikation, affektive Qualitäten der Arbeitswelt, individuelle Bildung und Entfaltung von menschlichen Fähigkeiten, Kreativität und Beteiligung.

Strukturell findet diese Wirtschaft der Zukunft immer weniger in den Großstrukturen des Industriezeitalters statt. Selbständigkeit, Freiberufertum, kleine und mittlere Unternehmen tragen diesen Wandel. Es ist nicht die ökologisch oft problematische Großindustrie, der behäbige und durchverwaltete Staatsbetrieb oder der multinationale und undemokratisch agierende Konzern, an den wir uns primär wenden. Wir tun das selbstverständlich auch,

denn für manche Wirtschaftsaufgabe werden auch weiterhin Großstrukturen gebraucht, und auch die gilt es in unserem Sinne zu beeinflussen. Doch es sind insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen, die sich als Partner für unsere Ziele anbieten. Die ökologischen und qualitativen Innovationen, die wir zur Umgestaltung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise brauchen, kommen immer wieder von den kleinen und mittleren Unternehmen. Erneuerbare Energien, neue Dienstleistungen, neue Produkte der Wissens- und Informationsgesellschaft zum Beispiel. Und auch die organisatorischen Innovationen, die neuen Arbeitsweisen, die flacheren Hierarchien, die kooperativen und netzwerkartigen Strukturen und die Beteiligungen der Mitarbeiter am kreativen Prozess. Die derzeitige Verengung der Debatte lässt manchen vergessen, dass es unsere eigentliche Aufgabe ist, die Wirtschaft der Zukunft, die Wirtschaft des postindustriellen Zeitalters zu gestalten.

Es ist noch immer unbeantwortet, ob Dienstleistungs-, Informations- und Wissensökonomie sowie die von uns forcierte ökologische Umstellung der Wirtschaft mit ihren großen Beschäftigungspotentialen am Ende so viele Arbeitsplätze schaffen, wie in der Produktion verloren gehen. Man muss sich zumindest auf die Möglichkeit einstellen, dass das Phänomen der "Arbeitsverknappung" im Sinne einer Verknappung angemessen bezahlter Erwerbsarbeit für eine längere Übergangszeit bleibt. Ohne sich also auf die simple These des Endes der Arbeitsgesellschaft festzulegen, muss eine erneuerte Linke institutionelle Überlegungen anstellen, mit diesem Problem möglicher Arbeitsknappheit umzugehen.

Eine orientierende Grundformel grüner Arbeitsmarktpolitik ist in den letzten Jahren "Flexicurity", die Verbindung von Flexibilität und Sicherheit. Je nachdem wie diese Grundformel institutionell ausgestaltet wird, kann man sie durchaus als Element einer erneuerten Linken bezeichnen. Dienstleistungs-, Informations- und Wissensökonomie und die damit notwendig werdende Flexibilisierung sind grundsätzlich zu begrüßen und nicht nur als alternativer Sachzwang kapitalistischer Modernisierung hinzunehmen. Wem sollte an der Verteidigung der Mühsal des Fließbandes gelegen sein? Außerdem begünstigt die Wissensgesellschaft den Umbau zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise. Diese Vorteile wiegen den Verlust an absoluter Planungssicherheit, an klaren Rollenprofilen und anderen Lebensumständen des Arbeitnehmers im Industriezeitalter auf.

Doch das existenzielle Sicherheitsbedürfnis der Menschen bleibt, und seine Berücksichtigung ist Mitvoraussetzung für eine von den Menschen begrüßte und als Chance begriffene Flexibilisierung. Darum "Flexicurity": Wir brauchen neue Sicherungssysteme, eine neue Balance für das postindustrielle Zeitalter der flexibilisierten Arbeitsgesellschaft. Neben Reformen bei Rente und Gesundheit gilt es daher auch das Risiko Arbeitslosigkeit anders abzusichern. Dort müssten alle abgesichert sein, einschließlich derer, die noch nie in einem "regulären" Arbeitsverhältnis waren. Bestimmte Elemente der Arbeitslosenversicherung des Industriezeitalters passen nicht mehr, da sie Langfristigkeit und eine konsistente Erwerbsbiografie voraussetzen. Hohe Lebensstandardssicherung wird sich über die Grundsicherung nicht finanzieren lassen. Grundsicherung muss dabei echter Schutz gegen Armut und Ausgrenzung sein und darf nicht durch repressive Arbeitsmarktintegration konterkariert werden, etwa durch zu rigide Zumutbarkeitsregelungen. Eine echte Grundsicherung ist aus der Sicht einer erneuerten Linken eine Voraussetzung für die Akzeptanz weitgehender Flexibilisierungen.

Es ist nicht ausgemacht, ob es bei jeder potentiellen "Nachfrage" nach "Arbeit" auch kulturell, gesellschaftlich oder moralisch wünschenswert ist, sie zu befriedigen bzw. ihre Befriedigung politisch zu fördern. Ein Arbeitsmarkt auf dem die Arbeitskraft-Anbieter eine

gewisse Grund-Souveränität und Verweigerungsmöglichkeit haben, zwingt die demokratische Gesellschaft, darüber nachzudenken, welche Beschäftigung sie überhaupt fördern will, womit sie "sich beschäftigen" will, was ihre Bürger tun, produzieren, arbeiten sollen. Damit wird die Wirtschaft auch an den Bedürfnissen des produzierenden, tätigen Lebens ausgerichtet, und nicht ausschließlich an den durch Marktnachfrage vermittelten Konsumbedürfnissen. Diese Gewährung von Grund-Souveränität durch sanktionsfreie Existenzsicherung kann dann eine faire Preisbildung auf dem Arbeitsmarkt für geringqualifizierte Tätigkeiten gewährleisten. "Working Poor" können wir getrost dem schwarz-gelben Programm überlassen.

Wer ohne die Aussicht auf feste, konsistente, langfristige Berufslaufbahn lebt; wer sich gleichzeitig immer weiterbilden muss, um seine Chancen zu wahren; wer ständig Netzwerke und Bekanntschaften auch aus beruflichen Motiven pflegen muss; wer also seine Arbeit und seinen Beitrag oft wechselt und neu anpasst; wer lebenslang lernt und dazu auch Auszeiten braucht und Umbruchszeiten erfahren wird; wer also zwangsläufig gelegentlich "arbeitslos" sein wird - der/die hat einen Anspruch auf Absicherung gegen die Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die diesen Weg geht und ihn als ergriffene und gestaltbare Chance sieht und nicht als alternativlose Entwicklung eines globalisierten Markt- und Modernisierungsgeschehens, muss in einem neuen solidarischen Gesellschaftsvertrag ihren Mitgliedern existentielle Grundsicherung zusichern. Das ist die Gegenleistung, die die zukünftigen flexibilisierten Arbeiter voneinander fordern müssen, die Sicherheit, die sie sich gegenseitig gewähren und garantieren.

Herausforderung Bildungsreform. In der Bildungspolitik müssen die Grünen einen Neuanfang wagen. Unsere Gesellschaft braucht eine "große Bildungsreform", und die Grünen müssen hier konzeptionelle Vorreiter sein. Wir müssen aus der Kleinteiligkeit heraus und ein umfassende Idee von Bildung für Vorschule, Schulen, berufliche Bildung und Hochschulen entwickeln, die sich am Ziel gleicher Bildungschancen und erhöhter Bildungsqualität orientiert. Gerade um der Bildungsgerechtigkeit willen müssen wir für Veränderung streiten und die eingefahrenen Schienen der Bildungsdiskussion in Fachzirkeln hinter uns lassen. Auch wenn die Kompetenzen für Schule und Hochschule bei den Ländern liegen, brauchen wir eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Bildung. Die Bundespartei muss in dieser Debatte mit Konzepten und Impulsen sichtbar werden, denn nur so gewinnt das Bildungsthema die Aufmerksamkeit, die es verdient.

Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Die soziale Schieflage bei den Bildungschancen ist eine der drängendsten Gerechtigkeitsherausforderungen in unserer Gesellschaft. Bildung ist nicht nur das entscheidende Gut der Wissensgesellschaft, sie ist auch Grundvoraussetzung für Autonomie und Selbstbestimmung jedes Einzelnen. In der Bildungsfrage entscheidet sich, ob eine emanzipatorische Linke die konzeptionelle und strategische Kraft zur Veränderung hat, ob die neuen Unsicherheiten und Freiheiten auch neue Chancen bedeuten, oder nur neue Risiken. In der Wissensgesellschaft misst sich Chancengerechtigkeit entscheidend am Zugang zu lebenslanger und guter Bildung. Genau hier hat Deutschland derzeit große Defizite.

Bildungserfolg hängt bei uns wesentlich mehr von der sozialen Stellung als von der wahren Begabung ab. Unser Kernanliegen ist es, einen gerechten Bildungszugang unabhängig von der sozialen Lage der Eltern herzustellen und die Qualität von Bildung zu verbessern. Qualitätsverbesserung heißt, insbesondere die Fähigkeiten und Begabungen der Lernenden zu fördern und sie in ihrer Autonomie ernst zu nehmen. Wir stehen für die grundsätzliche

öffentliche Verantwortung für das Bildungswesen. Bildung ist keine Ware, die wie jede andere gehandelt, zur Privatangelegenheit degradiert oder ökonomisch instrumentalisiert werden darf. Denn die Anforderungen an die integrative Funktion des Bildungssystems werden angesichts zunehmender Desintegration in anderen gesellschaftlichen Bereichen, nicht zuletzt im herkömmlichen System der sozialen Sicherheit steigen. Das Bildungssystem wird einer der wichtigsten Bausteine des sozialen Sicherungssystems unter Globalisierungsbedingungen sein müssen. Diese existenzielle Bedeutung für den gesellschaftlichen Frieden verlangt staatliche Verantwortung.

Gegenwärtig ist die soziale Herkunft vorbestimmend für die Bildungschancen. Das gilt für die Schulbildung, für die Hochschulbildung und für die berufliche Fortbildung gleichermaßen. Das deutsche Schulsystem hat im internationalen Vergleich eine besonders große Leistungsstreuung über die unterschiedlichen Schulformen verteilt. Diese soziale Segregation der Schülerschaft ist vor allem auch der institutionellen Differenzierung nach Schulformen geschuldet – das belegt PISA eindrücklich. Da sich aber Kinder in ihren Fähigkeiten ständig weiterentwickeln, wenn man sie nur lässt oder wenn man solche Entwicklungsprozesse stimuliert, muss sich das Schulsystem darauf einstellen, dass ein und derselbe Schüler zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu unterschiedlichen Leistungen in der Lage ist. Ein sozial gerechtes und leistungsfähiges Schulsystem muss sich deshalb von der auf Leistungshomogenität zielenden Selektion verabschieden. Eine frühe Selektion entspricht weder der Maßgabe von Chancengerechtigkeit noch einer notwendigen Förderung von Qualifizierungen und Kompetenzen. Ein Mehr an individueller Förderung und Binnendifferenzierung sind wichtig, damit die neue Schule mit ihrem integrativen Charakter funktionieren kann.

Auch in der Hochschule brauchen wir gleiche Bildungschancen für alle, statt für diejenigen, mit der besten Vorbildung oder dem dicksten Geldbeutel. Das Schlüsselwort in diesem Zusammenhang ist deshalb nicht die Zukunft der Elite-Universität sondern die der Universität in der Breite. Eine durchlässige, qualitativ gut ausgestattete Hochschule, an der alle teilhaben, muss das Ziel unserer Politik sein. Die Frage des Zugangs und der Qualität der Universität in der Breite markiert die entgegengesetzte Richtung zum derzeitigen Mainstream in der bildungspolitischen Debatte.

Das gesamte Bildungssystem leidet an der Undurchlässigkeit zwischen den Bildungsformen, zwischen den einzelnen Schultypen genauso wie zwischen beruflicher und akademischer Bildung, zwischen der Ausbildung junger Menschen und dem Ziel lebenslangen Lernens. Während es die Gesellschaft einerseits versäumt, ihre Erwartungen an das Bildungssystem kritisch zu hinterfragen und neu zu formulieren, werden die Bildungsinstitutionen andererseits im strengen Griff der Ministerialverwaltungen gehalten. Der staatlichen Aufsicht fehlen auf der einen Seite die Maßstäbe für eine echte Kontrolle der Bildungsqualität, während sie auf der anderen Seite den Bildungsinstitutionen die notwendige Freiheit dafür nimmt, flexibel auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Lernenden und die sich radikal verändernden Anforderungen an Bildung zu reagieren. Deshalb braucht das Bildungssystem mehr staatliche Unterstützung und mehr Freiheit gleichzeitig: Mehr verantwortliche Debatte und Kontrolle der Qualität von Bildung, mehr staatliche Verantwortung für den gerechten Zugang zu Bildung, aber auch mehr Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen, mehr Raum für Bildungsbiographien, die vom Standard abweichen, und deshalb mehr Autonomie für die Bildungseinrichtungen. Wir brauchen nicht eine Bildungsreform, sondern Platz für viele Bildungsreformen – am besten in jeder Schule eine. Die Reduzierung von Bildung auf ihre

wirtschaftliche Verwertbarkeit ist nicht nur wissenschaftlich und kulturell schädlich. Sie beruht auch auf dem Irrglauben, der Wert von Wissen und Bildung sei planbar und voraussehbar. Und dieser Irrtum hat noch jede Kreativität und Innovationsfreude erstickt.

Herausforderung Zukunftsenergie. Umweltschutz ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Deshalb zählen Ökologie und Nachhaltigkeit zum Zentrum einer erneuerten, postindustriellen Linken. In der Energiefrage liegt ein Schlüssel für die Lebensbedingungen und Lebensqualität der Zukunft. Hier wird entschieden über Krieg und Frieden, über Armut und Reichtum und dessen Verteilung. Gleichzeitig ist die Fähigkeit zu ökologischen Innovationen und umweltschonenden Technologien inzwischen ein harter Wirtschaftsfaktor. Der ökologische Druck auf die Länder und ihre Ökonomien nimmt dramatisch zu und damit auch die Notwendigkeit eines ökologischen Umbaus. Wir sind besorgt, mit welcher Fahrlässigkeit die Sozialdemokraten das ökologische Thema links liegen lassen und wollen nicht mit ansehen, dass eines der zentralen Gerechtigkeits Themen der Zukunft verschlafen wird. Der angekündigte und dann wieder zurückgeholte Export der Nuklearanlage von Hanau sowie die sozialdemokratische Position zum Emissionshandel machen auf alarmierende Weise deutlich, wie rückwärtsgewandt die Mehrheit im Mitte-Links-Lager nach wie vor ist. Hier liegt eine entscheidende Herausforderung für eine erneuerte, ökologische Linke, wie wir sie vertreten.

Es sind schon heute die ärmeren Bevölkerungsschichten innerhalb einer Gesellschaft, die am meisten unter Verkehrslärm, Luftverschmutzung, ungesunden Nahrungsmitteln, vergifteten Böden oder Trinkwassermangel leiden. Das gilt insbesondere im internationalen Raum. Die hochindustrialisierten Gesellschaften des Nordens verbrauchen einen weit überproportionalen Anteil an den natürlichen Reichtümern und sie verursachen einen ebenso übermäßigen Anteil der Belastungen der Biosphäre. Sie stehen daher vor allem in der Pflicht, den Ressourcen- und Energieverbrauch auf Bruchteile des jetzigen Standes zu verringern. Wir brauchen einen internationalen ökologischen Lastenausgleich zwischen reichen und armen Ländern. Der „Norden“ hat nicht das Recht, den Umweltraum der Erde stärker zu nutzen als der „Süden“.

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ist vor allem auch eine Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. „Nach uns die Sintflut“ ist kein akzeptables Prinzip. Deshalb müssen wir den Naturverbrauch auf ein Maß zurückschrauben, das die Regenerationsfähigkeit der Ökosysteme nicht überfordert. Der Leitbegriff für diese Aufgabe heißt nachhaltige Entwicklung.

Ökologische Politik ist ein Gebot einer freiheitsorientierten, emanzipatorischen Linken. Umweltzerstörung schafft neue Zwänge, die das Leben der Menschen einschränken. Der Verbrauch der natürlichen Reichtümer reduziert die Entscheidungsspielräume künftiger Generationen, beschneidet deren Chance zur Selbstbestimmung. Das gilt auch für „Erblasten“ wie die drohende Klimakatastrophe oder die über Jahrtausende radioaktiv strahlenden Abfälle der Atomkraftwerke. Deshalb ist ökologische Vernunft die Bedingung für Selbstbestimmung heute und morgen. Ökologische Vernunft verlangt, fehlerfreundlicher und angepasster Technologie den Vorzug vor irreversiblen Großtechnologien zu geben. Umgekehrt kann ökologische Politik nur gelingen, wenn sie die Menschen überzeugt und in ihren Freiheitsrechten achtet.

Die Zukunft der Energieversorgung ist solar und dezentral. Sonne, Wind, Biomasse, Erdwärme, Wasserkraft, Meeresenergie: Erneuerbare Energie ist weltweit im Überfluss vorhanden. Alle Menschen dieser Welt sind auf eine sichere Energieversorgung

angewiesen: Wohlstand, Gesundheit und Mobilität sind davon abhängig. Es steht fest, dass diese Versorgung auf Basis fossiler, also begrenzter Energieressourcen nicht gesichert werden kann. Eine sichere Energieversorgung kann nur mit zukunftsfähigen Technologien erreicht werden. Wir können schon heute Häuser bauen, die mehr Energie erzeugen als verbrauchen. Wir können in Fabriken arbeiten, die keine Emissionen mehr erzeugen. Sie müssen morgen zum allgemeinen Maßstab für eine lebenswerte Gesellschaft mit geringem Ressourcenverbrauch werden. Die sinnvolle Ausnutzung der bei der Stromerzeugung anfallenden Wärme spielt dabei eine Schlüsselrolle. Das geht nur auf Grundlage einer dezentralen Struktur. Dezentrale Systeme bieten darüber hinaus eine Versorgungssicherheit, die mit Großkraftwerken nicht oder nur mit unnötigen Überkapazitäten zu erreichen ist.

Ökologische Krisen werden zu den wichtigsten internationalen Konfliktursachen des 21. Jahrhunderts gehören. Eine solidarische internationale Umweltpolitik, die den eigenen Ressourcenverbrauch reduziert und zugleich den wenig industrialisierten Ländern finanziell und technologisch hilft, einen nachhaltigen Entwicklungsweg einzuschlagen, ist deshalb zentraler Bestandteil ziviler Krisen- und Gewaltprävention. Die Länder an der Industrialisierungsschwelle brauchen Unterstützung beim umweltverträglichen Ausbau ihrer Infrastruktur und bei der Ausrichtung ihrer Wirtschaft auf nachhaltige Prinzipien. Angesichts des rapide wachsenden Energiebedarfs und der sprunghaft ansteigenden Mobilität in den neuen Industrieländern ist es eine ökologische Überlebensfrage, diese Entwicklung mit den modernsten, umweltschonendsten Technologien zu organisieren.

Herausforderung Internationale Sicherheit nach dem 11. September. Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist eine der zentralen Herausforderungen der Internationalen Sicherheitspolitik am Beginn des 21. Jahrhunderts. Dass dieses auch in Europa eines der zentralen Themen der politischen Auseinandersetzung geworden ist, muss dem Letzten seit den Anschlägen von Madrid klar geworden sein. Die entscheidende Frage der kommenden Zeit ist die Frage nach Europas Antwort. Am außenpolitischen Ansatz der Bush-Administration lässt sich ein neokonservativer Irrlauf beschreiben, gegen den auch Europa nicht grundsätzlich gefeit ist. Ausgehend von neuen und sinnvollen Fragen der Sicherheitspolitik, insbesondere bedingt durch den 11. September, kommen die Neokonservativen zu fatalen Antworten. Auf die neuen Herausforderungen durch internationalen Terrorismus, Modernisierungskrisen, Staatenzerfall und Privatisierung der Gewalt, ethnische Konflikte und globale Armut, antworten sie mit einem aggressiven Unilateralismus. Dieser führt zwar Demokratie und Menschenrechte im Mund, immer aber aus der Sicht eines kurzsichtigen, vermeintlich nationalstaatlichen Sicherheitsinteresses.

Die Linke muss sich ihrerseits auf die beschriebenen Herausforderungen einlassen, wenn sie eine angemessene politische Antwort auf die Bedrohungen in der Welt des 21. Jahrhunderts geben will. Eine erneuerte Linke weiß um die Bedeutung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten – auch für die Sicherheit der eigenen Bevölkerung. Gleichzeitig weiß sie, dass Sicherheit, auch nationale Sicherheit, nur multilateral und durch ein nichtinstrumentelles Verhältnis zu Demokratie und Menschenrechten zu erreichen ist. An die Stelle des Unilateralismus stellt sie die multilaterale Durchsetzung des Primats der Menschenrechte und der Demokratie. Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind kein Mittel zum Zweck, mit dem man mal so und mal so verfährt, sondern originäre Ziele. Frieden und Humanität lassen sich eben nicht abgekoppelt von Legitimation schaffen.

Aus unserer Sicht gründet sich der neue Terrorismus vor allen Dingen auf eine Modernisierungsblockade in der arabischen Welt. Eine friedliche globale Perspektive hängt daher nicht zuletzt davon ab, ob es den Gesellschaften des Nahen Ostens gelingt, die Tradition und Kultur des Islam mit einem eigenen Modernisierungsprozess zu verknüpfen. Der Westen steht in der Verantwortung, zur Lösung der Regionalkonflikte beizutragen, und einen wirklichen Modernisierungs- und Transformationsprozess zu befördern – das ist die richtige Konsequenz im Interesse des Friedens, der Menschenrechte, der Zukunftssicherung und der globalen Sicherheit. Die Hälfte der Menschen in der arabischen Welt ist unter 18 Jahre alt. Die Bevölkerung ist eine schnell wachsende. Der Nahe und Mittlere Osten hat eine negative Entwicklung bei den Investitionen, und gleichzeitig eine sehr dramatische Positiventwicklung beim Bevölkerungswachstum. Wohin das führt, ist relativ einfach auszubuchstabieren – soziale Armut und Verunsicherung, der ideale Nährboden für Terrorismus. Demokratisierung, Unabhängigkeit der Justiz, Modernisierung der Wirtschaft, Aufbau einer Zivilgesellschaft – eine Moderne, die gleichzeitig eingebettet ist in die islamische Tradition - das sind die Herausforderungen. Die Rolle der Frau ist im UNDP-Bericht zu Recht als eine der entscheidenden Fragen über die Zukunftsfähigkeit dieser Region identifiziert. Transformation ist die Herausforderung, und deshalb ist es auch richtig, der Türkei eine Beitrittsperspektive zur Europäischen Union zu eröffnen.

Eine Politik der Menschenrechte, der Demokratie, der Gerechtigkeit und des kulturellen Dialogs, wie wir sie vorschlagen, ist deshalb auch unsere Antwort auf die neue Sicherheitsherausforderung. Deshalb stehen multilaterale Institutionen und Rechtsstaatlichkeit im Zentrum einer erneuerten Linken. Dem aggressiven Unilateralismus stellen wir die Perspektive eines integrativen und kooperativen Multilateralismus zur Verwirklichung dieser Ziele entgegen.

III. Strategie einer erneuerten Linken - Potentiale, Perspektiven, Bündnisoptionen

Die Option „Links Neu“ besticht nicht nur durch ihre inhaltliche Ausrichtung, sie ist auch strategisch überzeugend. Die Grünen können im Moment auf beachtliche Umfragewerte und Wahlergebnisse verweisen. Bei den Europawahlen haben wir uns mit 11,9% als starke dritte Kraft etabliert und lagen gerade in vielen Städten vor der SPD. Auch im Osten haben wir Zuwächse erzielt. Gleichzeitig hat die SPD einen historischen Tiefstand erreicht, von dem sie sich nun langsam erholt. Die Grünen sind jedoch gut beraten, sich von der aktuellen Konstellation nicht blenden zu lassen. Die guten Ergebnisse der Grünen liegen nicht nur an eigener konzeptioneller Stärke, sondern auch daran, dass sie für die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung nicht in dem Maße haftbar gemacht werden, wie dies bei den Sozialdemokraten der Fall ist. Das "postmaterialistische" Milieu der Grünen kommt mit den Reformen auf diesen Gebieten besser klar als das Arbeiter- und Angestelltenmilieu der SPD.

Die SPD steckt – wie die Sozialdemokratie in anderen europäischen Ländern auch – in einer tiefen Orientierungskrise. Diese Orientierungskrise hat personelle Gründe, sie beruht aber noch viel mehr auf einer tiefgreifenden programmatisch-strategischen Verunsicherung. Anstatt die Linke an die Zukunftsfragen heranzuführen, schwankt sie hilflos zwischen blinder Modernisierung und strukturlinkem Traditionalismus, zwischen neuer Mitte und alter Linken. Das zeigt sich auch daran, dass Schröder und die SPD die bestehende Koalition kaum als gemeinsames rot-grünes Reformprojekt konzipiert, empfunden, und kommuniziert haben.

Trotz der aktuellen Umfragewerte besteht eines der größten Probleme der Grünen nach wie

vor in ihrer geringen Fallhöhe. Eine kleine Partei ist bei personellen Veränderungen und konzeptionellen Umbrüchen in einem Dilemma. Der zeitweilige Zustimmungsverlust, den programmatische oder personelle Erneuerungsphasen fast zwangsläufig mit sich bringen, verbindet sich bei einer Partei dieser Gewichtsklasse fast automatisch mit der Gefahr des Abrutschens unter die 5% Hürde. Die Grünen müssen deshalb ihren Wählersockel auf höherem Niveau stabilisieren, müssen den Abstand zum Boden erhöhen, wenn sie sich als Reformkraft verstetigen wollen. Dabei muss man nicht in Zahlen-Harakiri eintreten und eine konkrete Prozentzahl anpeilen. Vielmehr ist es von entscheidender Bedeutung, dass jede Zahl mit einem inhaltlichen „Weil“ zu verbinden ist, anstatt sie wie die FDP zum Selbstzweck zu machen. Dieses "Weil" ist aus unserer Sicht mit der Grundorientierung einer erneuerten Linken entlang Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Ökologie und Demokratie aufzufüllen.

Die Option „Links Neu“ ist der Schlüssel für die strategische Herausforderung, auf der Grundlage unserer programmatischen Überzeugungen eine Verstetigung auf höherem Niveau zu erreichen. Wenn die Grünen die Orientierungsrolle einer erneuerten deutschen und europäischen Linken annehmen würden, besteht die begründete Aussicht auf Stimmenzuwächsen aus bislang unerreichten linksliberalen Milieus, von progressiven Linken, von Nichtwählern, aber auch aus dem progressiven Bürgertum, das über die Mehrheitsfähigkeit einer erneuerten Linken mit entscheidet.

Gewinnen können wir über diesen Weg nicht die frustrierten Traditionalisten, wohl aber jene, die auf der Suche nach einer zukunftsfähigen, modernen Linken sind. Dabei wächst die Verunsicherung auch bei den traditionellen Linken, ob die alten Weisheiten noch stimmen. Für all die ist die Strategie „Links Neu“ zwar eine Zumutung, die perspektivisch jedoch eine gewisse Anzugskraft entfalten könnte.

Die anzustrebende Orientierungsstärke der Grünen wird auch für die Stärke des linksliberalen Spektrums insgesamt nicht folgenlos bleiben. Wenn die Grünen es schaffen, diese Orientierungsstärke in die Gesellschaft zu tragen, wird dies auch die SPD orientieren und stärken und die Wahrscheinlichkeit von rot-grünen Koalitionen erhöhen.

1. Vertrauen und Selbstvertrauen

Als kleiner Partei fehlt uns oft noch das Vertrauen von Teilen der Gesellschaft, und vielleicht auch das Selbstvertrauen, die große Frage gesellschaftlicher Gerechtigkeit umfassend anzugehen und zu beantworten. Das Projekt der gerechten Modernisierung in höchst unsicheren Zeiten greift tief in die Lebensbedingungen jedes einzelnen ein und ist auf das Vertrauen der Menschen fundamental angewiesen. Durch den Ansatz "Links Neu" können wir jenes konzeptionelle Selbstvertrauen erlangen, durch das wir auch das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Reformvorschläge noch mehr gewinnen, als bislang.

Beim Werben um dieses Vertrauen reicht nicht, unsere eigenen Widersprüche und Ratlosigkeiten hinter dem Rücken der Sozialdemokraten zu verstecken, gelegentlich für bestimmte Zielgruppen den einen oder anderen Vorteil herauszuverhandeln und ansonsten die Verantwortung für das sozialpolitische Projekt der Linken dem größeren Partner zu überlassen. Die Tendenz, den Kopf einzuziehen, während die Sozialdemokraten ihre Überforderung in der Reformdiskussion zur Schau stellen, hat bei den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen, Hamburg und Thüringen zwar zusätzliche Gewinne ermöglicht. Rot-Grün insgesamt hat jedoch weiter verloren. Das Ergebnis dieser Landtagswahlen verweist deshalb gleichzeitig die Gefahr, die eine Strategie der Beschränkung auf „urgrüne

Themen“ birgt: Die Grünen können sich je nach Bundesland und Zustand der SPD auf Ergebnisse zwischen 5 und 12 Prozent freuen, während die CDU regiert. Wenn wir uns in diese Sackgasse begeben, hat kein grünes Thema mehr die Chance auf Verwirklichung, auch nicht die „urgrünen“.

2. Zukunft Ostdeutschland

Die Stärkung der Bündnisgrünen in Ostdeutschland ist von elementarer Bedeutung für eine Erhöhung des grünen Wählerlevels. Bei den Landtagswahlen in Thüringen konnten wir unser Ergebnis mehr als verdoppeln und verpassten nur knapp den Einzug in den Landtag. Der Einzug der Grünen in den sächsischen Landtag war ein weiterer Schritt in diese Richtung. Die Zukunft der Grünen entscheidet sich auch im Osten – und hier kann die Option „Links Neu“ Türen aufstoßen. Dabei kommt eine lernfähige, freiheitsorientierte Linke überhaupt nicht umhin, die Anliegen der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung in ihren Kernbestand aufzunehmen. Außerdem eröffnet „Links Neu“ einen neuen, aussichtsreichen Weg der Vermittlung grüner Themen im Osten als ernsthafte soziale Anliegen. Das Bild der Grünen als Partei der "weichen", und rein "postmaterialistischen" Themen ist schon in Bezug auf den Westen falsch, in Bezug auf den Osten ist es fatal. Was wir im Moment nicht nur, aber gerade im Osten erleben, sind gravierende soziale Verwerfungen, bei denen es im Kern um gesellschaftlichen Teilhabe und Ausschluss geht. Wenn sich die grüne Partei als politische Kraft in diesen Auseinandersetzungen Gehör verschaffen will, dann muss sie deutlich machen, dass sie eine Antwort auf die neuen sozialen Fragen hat, die die Menschen in Ost und West umtreiben. Eben dies zu verdeutlichen steht im Zentrum von „Links Neu“. Die Hochwasserkatastrophe hat gezeigt, dass der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen eine "harte" soziale Frage betrifft – und zwar nicht erst übermorgen, sondern schon heute. Die Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland hat gezeigt, dass grüne Wege der Arbeitspolitik keine Träumerei sind, sondern eine harte Notwendigkeit bei der Arbeitslosigkeitsbekämpfung. Pisa hat gezeigt, dass die grüne Forderung nach dem gerechten Zugang zu Bildung keine Luxusfrage betrifft, sondern eine "harte" Zukunftsfrage.

3. Bündnisoptionen

Wenn es uns gelingt, als Vordenker und Motor einer erneuerten europäischen Linken zu programmatischer Identität und faktischen Selbstbewusstsein zu finden, stellt sich aus unserer Sicht auch die Frage zukünftiger Koalitionsoptionen anders dar. Als gestärkte Partei der modernen Linken werden wir den Konservativen mit einem klaren eigenständigen Profil stark und selbstbewusst gegenüberreten. Dann wäre es eine strategische Frage entlang klar definierter Kriterien, ob eine Koalition unsere Anliegen nach vorne bringt oder nicht. Unsere Sorge im Moment ist, dass manche in der Partei mit Schwarz-Grün deshalb sympathisieren, weil sie eine weltanschauliche Gemeinsamkeit im Rahmen des Wertkonservatismus unterstellen oder sich einem blinden Pragmatismus verschrieben haben, bei dem Koalitionen nur noch den Charakter von Mehrheitsbeschaffung haben. Dieser Analyse erteilen wir eine inhaltliche wie strategische Absage. Weder sehen wir einen sozialen und emanzipatorischen Grundkonsens mit den Konservativen, noch glauben wir, dass uns diese Form der Anpassung in eine starke und durchsetzungsfähige Verhandlungsposition bringt. Multioptionalität besteht vielmehr gerade auf der Grundlage einer eigenständigen Position mit klaren Kanten, und nicht auf der Basis von Annäherung

oder Affirmation.

4. Die Erneuerung jetzt beginnen

Links Neu ist ein Stoff, an dem sich die Grünen abarbeiten und mit dem sie wachsen können. Diesen Stoff braucht gerade die junge Generation, wenn sie aus der derzeitigen „Tristesse Royale“ herauskommen möchte. Aus ihm können Politikerinnen und Politiker mit Anliegen und Charisma erwachsen - Akteure, die die Grünen in der nächsten und übernächsten Generation dringend brauchen werden. Wir müssen in den entscheidenden Politikfeldern aus dem Kleinteiligen herauskommen und größere Linien zeichnen, um eine substanzielle und strahlkräftige Politik beschreiben zu können. Wir haben mit dem erweiterten, grünen Gerechtigkeitsbegriff eine hervorragende Klammer, die inhaltlich wie strategisch viel Potenzial hat. Wir haben mit dem Anspruch einer erneuerten, europäischen und ökologischen Linken ein Projekt, das weit über uns Grüne hinausreicht und unseren gesellschaftlichen Anspruch auf lange Sicht deutlich macht.